



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

108. Sitzung, Montag, 27. April 2009, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Regula Thalmann (FDP, Uster)*

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 6995
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage*..... Seite 6996

2. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2007/2008

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 24. März 2009 und Antrag der AWU vom 30. März 2009

KR-Nr. [103a/2009](#) Seite 6996

3. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2008

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 23. Februar 2009 und Antrag der AWU vom 30. März 2009

KR-Nr. [77a/2009](#) Seite 7012

4. Änderung des Kantonalbankgesetzes

Antrag der ZKB-Spezialkommission vom 27. Februar 2009 zur Parlamentarischen Initiative von Esther Guyer

KR-Nr. [35a/2008](#) Seite 7038

5. Verankerung der Nachhaltigkeitsprinzips für alle Geschäftsbereiche im Gesetz über die Zürcher Kantonalbank

Antrag der ZKB-Spezialkommission vom 27. Februar
2009 zur Parlamentarischen Initiative von Heidi
Bucher

KR-Nr. [202a/2007](#)..... Seite 7053

Verschiedenes

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Erklärung der SP-Fraktion zur Jugendarbeitslosigkeit*..... Seite 7021
 - *Erklärung der SVP-Fraktion zur Fraktionserklärung der SP betreffend Jugendarbeitslosigkeit* Seite 7022
 - *Erklärung der EDU-Fraktion zur Euro-Pride 2009*..... Seite 7023
 - *Gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden von CVP, EVP, FDP, GLP, Grünen/AL, SP und SVP zur Fraktionserklärung der EDU betreffend Euro-Pride 2009*..... Seite 7036
 - *Persönliche Erklärung von Stefan Dollenmeier, Rüti, zur Reaktion auf die Fraktionserklärung der EDU*..... Seite 7037
- Erklärung von Regierungsrat Thomas Heiniger zur Schweinegrippe..... Seite 7024
- Rücktrittserklärungen
 - *Rücktritt aus dem Kantonsrat von Romana Leuzinger, Zürich*..... Seite 7062
 - *Rücktritt aus dem Kantonsrat von Robert Marty, Affoltern a.A.*..... Seite 7062
- Einladung zum Apéro Seite 7065
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 7066

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf zehn Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. [16/2009](#), Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht
Markus Bischoff (AL, Zürich)
- KR-Nr. [19/2009](#), Entwicklung des Bestandes des Staatspersonals,
Hans Egli (EDU, Steinmaur)
- KR-Nr. [27/2009](#), Halbstunden-Hinketakt auf dem Abschnitt Bauma–Wald–Rüti (Tösstallinie) mit minimalem Ausbau des Bahnhofes Wald (ohne Personenunterführung)
Peter Weber (Grüne, Wald)
- KR-Nr. [28/2009](#), Mangel an Pflegepersonal
Silvia Seiz (SP, Zürich)
- KR-Nr. [29/2009](#), Massnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Frauen im Sexgewerbe
Lorenz Schmid (CVP, Männedorf)
- KR-Nr. [30/2009](#), «Moderne» Bahninfrastruktur auf der Tösstallinie (Streckensanierung)
Karin Maeder (SP, Rüti)
- KR-Nr. [31/2009](#), Abhängigkeiten zwischen Halbstundentakt auf der Tösstallinie / Halbstundentakt auf der Etzwilerlinie / Ausbau des SBB-Korridors Zürich–Winterthur
Patrick Hächler (CVP, Gossau)
- KR-Nr. [32/2009](#), S-Bahn-Linienkonzept östlich und nördlich von Winterthur im Rahmen der 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn
Urs Hans (Grüne, Turbenthal)
- KR-Nr. [46/2009](#), Gewerbsmässigkeit der Suizidbeihilfe bei Dignitas
Walter Schoch (EVP, Bauma)
- KR-Nr. [89/2009](#), Kündigung EU-Zinsbesteuerungs-Abkommen und weitere Massnahmen zur Verteidigung des Bankkundengeheimnisses
Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil)

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:
– Protokoll der 107. Sitzung vom 20. April 2009, 8.15 Uhr.

2. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2007/2008

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 24. März 2009 und Antrag der AWU vom 30. März 2009

KR-Nr. [103a/2009](#)

Heidi Bucher (Grüne, Zürich), Präsidentin der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen hat gemäss EKZ-Gesetz Paragraf 9 den Auftrag, Rechnung und Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zu prüfen und dem Kantonsrat Antrag auf deren Genehmigung zu stellen. An drei Kommissionssitzungen wurden Rechnung und Jahresbericht 2007/2008 der EKZ beraten. Daneben fanden Visitationen und Besichtigungen in verschiedenen Geschäftsbereichen der EKZ statt. Die Protokolle des Verwaltungsrates wurden geprüft und die Verantwortlichen der EKZ beantworteten während des ganzen Berichtsjahres die Fragen der Kommissionsmitglieder.

Die EKZ haben laut EKZ-Gesetz einen Doppelauftrag zu erfüllen: Sie haben Strom zu sparen und den Kanton – ohne die Stadt Zürich – wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie zu versorgen. Der Gesamtstromverbrauch im Versorgungsgebiet hat sich im Geschäftsjahr 2007/2008 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Prozent erhöht. Zurückzuführen ist das auf die hohe Bautätigkeit sowie die kühle Witterung im Geschäftsjahr. Finanziell betrachtet ein Erfolg! Der Ertrag aus dem Stromgeschäft stieg um 6,8 Prozent auf 585,1 Millionen Franken. Betrachtet man nur diese Wachstumszahl, wurde das Energie-Sparziel verfehlt.

Sparauftrag: Der Stromverbrauch wäre aber ohne die Effizienz- und Effektivitätsbemühungen der EKZ noch mehr gestiegen. Drei Beispiele für Sparbemühen sind erstens die hohe Netzqualität im Versorgungsgebiet: Störungsanfällige Freileitungen werden laufend modernisiert, verkabelt und leistungsfähiger gemacht. Zweitens der Contrac-

ting-Boom: Seit 1997 bieten die EKZ Contracting-Verträge an. Im Geschäftsjahr wurden 302, im Jahr 2006/2007 wurden 251 solche Verträge abgeschlossen. Drittens: Die Mitarbeitenden der Eltop Fachgeschäfte verkaufen Elektrogeräte, die möglichst wenig Energie verbrauchen und machen Installationen in Häusern, welche es ermöglichen, Strom optimal nutzen.

Umweltgerechte Stromversorgung: Die EKZ versuchen auch den Auftrag, umweltgerechten Strom zu verkaufen, ernst zu nehmen. Beispiele: Die EKZ-Umweltinitiative wurde positiv aufgenommen. Das Contracting boomt, wie schon erwähnt. Die CO₂-Kompensationsplattform wurde lanciert. Der eigene Energieverbrauch wird reduziert und kontrolliert. Die Kernenergie konnte vor allem zugunsten von Wasserkraft um 5,6 Prozent reduziert werden.

EKZ-Strom bestand im Geschäftsjahr 2007/2008 aus 22,1 Prozent Wasserkraft, 73,4 Prozent Kernenergie, 4,4 Prozent verwerteten Abfällen und zu 0,1 Prozent aus übrigen erneuerbaren Energien.

96 Prozent des Stroms wird aufgrund des NOK-Gründungsvertrags bei der Axpo eingekauft. 7 Prozent aller EKZ Kunden und Kundinnen wählen heute ein alternatives Stromprodukt anstelle des atomstromhaltigen Mixstroms. Im Jahr 2006/2007 waren es etwas über 5 Prozent. Die EKZ setzen auf die Eigenverantwortung ihrer Stromkunden und -kundinnen. Diese sollen gestützt auf fundierte Informationen und attraktive Angebote die Stromart einkaufen, die ihrem Umweltengagement und Budget entspricht. Diese Strategie bewirkt eine langsame Veränderung des Konsumverhaltens hin zu umweltgerechten Stromprodukten.

Marktöffnung: Das Geschäftsjahr 2007/08 der EKZ war geprägt von aufwendigen Vorbereitungen zur Marktöffnung. Die EKZ haben zum Beispiel per 1. Oktober 2007 ein neues Tarifsysteem eingeführt. Im Zentrum steht dabei die Entflechtung der Stromtarife in Energieliefer- und Netznutzungstarife. Diese neue Tarifstruktur erfüllt die Anforderungen des StromVG (*Bundesgesetz über die Stromversorgung*) nach einem buchhalterischen Unbundling der Preise.

Die Umsetzung der Vorschriften zur Marktöffnung und deren Abbildung im Preis waren eine grosse Herausforderung für das Unternehmen. Vom Geld, das von den Kundinnen und Kunden eingenommen wird, dienen nur 25 Prozent der Wertschöpfung der EKZ. Das andere Geld wird weiterverrechnet. Die Gründung der Netzgesellschaft swissgrid und die Förderung der erneuerbaren Energien haben dazu

geführt, dass Mehrkosten in der Höhe von 1,35 Rappen pro Kilowattstunde entstanden sind. Die Preiserhöhung der EKZ entspricht diesem Betrag. Für die EKZ resultiert daraus nicht mehr Erlös. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen stellt fest, dass die EKZ sich rechtzeitig und gut auf die Marköffnung vorbereitet haben.

Anlagen: Die Finanzmarktkrise ist auch an den EKZ nicht spurlos vorbeigegangen. Sie besitzen Ende des Geschäftsjahres 2007/2008 Wertschriften in der Höhe von 383 Millionen Franken. Der ausgewiesene Verlust per 30. September 2008 beläuft sich auf 28 Millionen Franken.

Die EKZ haben im Geschäftsjahr 2007/2008 Geburtstag gefeiert. Sie wurden 100 Jahre alt. Zur Feier gab es ein Jubiläumsbuch, die Zürcher Freizeit-Box, «Click – den Standbykiller», ein Open-Air-Spektakel und eine Begleitausstellung dazu. An den Veranstaltungen haben rund 20'000 Zuschauende teilgenommen. «Click – der Standbykiller» fand ein gewaltiges Echo und war nach der Lancierung innert Stunden vorübergehend ausverkauft.

Die Kommissionsmitglieder der AWU haben vom Bericht der Revisionsstelle PricewaterhouseCoopers AG und deren Antrag an den Kantonsrat, datiert vom 24. November 2008, Kenntnis genommen.

Wir danken den Verantwortlichen der EKZ für die angenehme und offene Zusammenarbeit und allen Mitarbeitenden für das gute Geschäftsergebnis und die zuverlässige Arbeit!

Gestützt auf Paragraf 9 des EKZ-Gesetzes vom 19. Juni 1983 beantragen Ihnen die Mitglieder der Aufsichtskommission in Übereinstimmung mit dem Antrag des Verwaltungsrates der EKZ erstens die Genehmigung des 100. Geschäftsberichts der EKZ und die darin enthaltene Jahresrechnung 2007/2008. Die Berichterstattungsperiode umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 2007 bis 30. September 2008. Zweitens: Wir beantragen die Kenntnisnahme der Gewinnverwendung von insgesamt 25'136'000 Franken gemäss gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen. Drittens: Wir beantragen, dem Verwaltungsrat der EKZ für das Geschäftsjahr 2007/2008 Entlastung zu erteilen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Kurt Bosshard (SVP, Uster): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich wünsche Ihnen eine gut gelungene letzte Arbeitsratssitzung.

Der vorliegende, bereits der Vergangenheit angehörende Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der EKZ 2008 ergeben einen guten Überblick über die Tätigkeiten der EKZ. Gestatten Sie mir trotzdem eine kurze Stellungnahme: Es konnten seitens der AWU keine Nichteinhaltungen der gesetzlichen oder verordnungsgemässen Bestimmungen festgestellt werden. Die jederzeitige Bereitschaft zur Auskunfterteilung der Organe der EKZ erlaubt es auch, positiv in die Zukunft zu schauen. Es darf gesagt werden, dass im Jahr 2009 keine Entlassungen erfolgen müssen. Der Kanton besitzt in den EKZ ein Unternehmen, das stabile Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann. Und es sind gute Anzeichen vorhanden, dass, ungeachtet der heutigen wirtschaftlichen Situation die heutigen 160 Lehrstellen beibehalten werden können. Jeder dieser Lehrlinge wird seine Lehre bei den EKZ absolvieren können. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass Ende 2009 eine stabile Bilanz präsentiert werden kann.

Ich kann Ihnen im Namen der SVP die Annahme beziehungsweise Genehmigung empfehlen. Danke.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Die Kommissionspräsidentin hat es ausgeführt, das Geschäftsjahr 2007/2008 war erfolgreich für die EKZ. Gewiss haben sich die Finanzkrise und der Konjunkturrückgang in der Berichtsperiode noch nicht gross ausgewirkt. Andererseits profitierten wir in der Berichtsperiode noch von einem kalten Winter. So oder so verdienen Verwaltungsrat, Geschäftsleitung sowie die Mitarbeitenden ein Lob für die erbrachte Leistung. Die EKZ erfüllen ihren gesetzlichen Auftrag, die Stromversorgung im Kanton Zürich sicherzustellen, zuverlässig und wirtschaftlich. «Versorgungssicherheit» tönt so lapidar, ist aber nicht selbstverständlich. Irgendwann haben wir alle schon einmal einen Stromunterbruch – wenn auch nur einen ganz kurzen – erlebt und gemerkt, wie abhängig wir heute von der Energie sind. In Zeiten eines unübersichtlichen Marktes durch die Liberalisierung gewinnt dieser Punkt an Bedeutung.

Aber auch in der Sensibilisierung der Stromkunden für Energieeffizienz und erneuerbare Energien haben die EKZ im Berichtsjahr weitere Anstrengungen unternommen, sei es mit dem Energie-Contracting für Wärmeanlagen mit verschiedenen Umweltenergieträgern wie Erdwärme, Seewasser und Biomasse. Ausserdem unterstützten die EKZ drei Pilot- und Demonstrationsanlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse in Effretikon, Bülach und Lindau. Und auch

die EKZ-Umweltinitiative mit Beratungen im Bereich erneuerbare Energie und Verbesserung der Energieeffizienz für die Verbraucher ist zu erwähnen. Schliesslich war der grosse Renner im Rahmen des bereits erwähnten 100-Jahr-Jubiläums die Abgabe des Standbykillers «Click», der sich zum wahren Publikumsrenner entwickelt hat. Wir anerkennen hier die Anstrengungen der EKZ – das ist auch für die SP-Fraktion etwas sehr Wichtiges –, die Energieeffizienz zu fördern und auch die erneuerbaren Energien.

Auf der andern Seite hat natürlich unsere Fraktion etwas andere Auffassungen, wenn es um die Stromproduktion geht. Doch heute sprechen wir über den Geschäftsbericht der EKZ und nicht über die AKW-Prämie der Axpo. Das ist ein anderes Thema, wozu unser Parlament allerdings kaum etwas zu sagen hat, was wir natürlich bedauern. Es ist aber auch darauf hinzuweisen, dass im Rahmen des Riskmanagements – die EKZ führen ja in ihrem Geschäftsbericht auch auf, wie ernst es ihnen ist mit dem Riskmanagement und wir anerkennen hier die Bemühungen –, dass natürlich die Abhängigkeit von der Atomenergie auch mit Risiken behaftet ist, für die wir keine Verantwortung übernehmen wollen.

Die Strommarktöffnung für Grosskunden warf ihre Schatten voraus. Es geht nicht ohne zusätzliches Personal. Es mussten auch Spezialisten im Marketing, aber auch Netz- und Energiewirtschaftler für die Bewertung und Berechnung der Netze sowie der Tarifierung rekrutiert werden. Die SP-Fraktion ist ja eine Partei, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer sehr nahestand und zusätzlichem Personal durchaus positiv gegenübersteht, wenn es Sinn macht. Doch sehen wir uns hier auch bestärkt darin, dass die Strommarktöffnung eben alles nur teurer macht. Etwas anderes wurde uns damals teilweise in der Abstimmung versprochen. Das böse Erwachen fand spätestens im letzten Herbst 2008 bei diesen Tarifierhöhungen statt, nicht nur im Kanton Zürich, wo sie sich noch einigermaßen in Grenzen gehalten haben, sondern auch in der übrigen Schweiz.

Zurück zum Geschäftsbericht. Wie eingangs erwähnt: Die Hauptarbeit haben die verantwortlichen Organe gemäss dem gesetzlichen Auftrag sehr gut gemacht. Deshalb beantragen wir auch, den Anträgen der Aufsichtskommission zuzustimmen und zu folgen und Rechnung und Geschäftsbericht zu genehmigen.

Jean-Luc Cornaz (FDP, Winkel): Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht der EKZ einstimmig genehmigen, den Verwaltungsrat entlasten und ihren Dank der Geschäftsleitung der EKZ-Gremien aussprechen. Im Rahmen meiner AWU-Tätigkeiten konnte ich mit der Kommissionsuntergruppe EKZ eine Visitation bei der Eltop durchführen. Wir stellten dabei Folgendes fest: Die Wirtschaftlichkeit der Eltop hat ihr Soll noch nicht erreicht. Der Ebit ist entscheidend zu tief. Und aus diesem Grund bestehen immer wieder seitens der Gewerbekreise Ängste, die Eltop werde durch die EKZ quersubventioniert. Zusammen mit meinen Kollegen kann ich Ihnen nach Prüfung dieser Frage aber versichern, dass dies nicht der Fall ist. Wir konnten die Eltop als eigenständige und unabhängig geführte Einheit der EKZ wahrnehmen. Nun zum Geschäftsbericht: Das Schwergewicht der Veränderungen im letzten Geschäftsjahr lag auf den Vorbereitungsarbeiten für die Stromliberalisierung. Bitte lassen Sie mich auf Folgendes hinweisen: Ich stelle fest, dass viele Bürger die Liberalisierung noch nicht ganz richtig verstanden haben. Die Liberalisierung wird uns einen liberalen Strompreis bescheren. Das heisst: Wie das Benzin, welches seinen täglichen Preis ändert, wird der Strom dies ebenfalls tun, ja sogar noch innerhalb der jeweiligen Tageszeiten. Die Chancen für die kostenbewussten Konsumenten sind somit offensichtlich: Wenn sie den Strom in den Randstunden kaufen respektive ihre Wäsche vermehrt am Abend oder Wochenende tumblern, dann können sie Kosten sparen. Das ist die Chance der Liberalisierung. Umgekehrt bringt die Liberalisierung auch Gefahren. Wenn bestimmte Gruppen den Strom zwingend zu einer bestimmten Tageszeit benötigen, dann wird es teuer. Bitte erklären Sie diesen Sachverhalt Ihren Wählern und Bürgern. Sie helfen so, die Ängste abzubauen und die Chancen der Liberalisierung zu nutzen. Gleichzeitig möchte ich davor warnen, dass wir mit Gesetzen und speziellen Regelungen und Ausnahmen den Dschungel von Tarifen wieder unübersichtlich machen. Auch wenn die Stromerzeuger in staatlichen Händen liegen, so dürfen wir nicht zu einem übermächtigen Regulator werden.

In diesem Sinne wünschen wir den EKZ viel Erfolg bei der Weiterführung der Liberalisierungsschritte im kommenden Jahr und werden den EKZ-Bericht vom letzten Geschäftsjahr genehmigen.

Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden): Ich verzichte, erneut auf den ganzen Geschäftsbericht einzugehen und werde lediglich auf drei Punkte

eingehen, die für uns Grüne besonders interessant und wichtig sind. Es sind dies die Strommarktöffnung, die Förderung der erneuerbaren Energien und das 100-Jahr-Jubiläum der EKZ.

Die Stromliberalisierung hat in der Bevölkerung heftige Diskussionen ausgelöst, vor allem deshalb, weil sie nicht das gebracht hat, was die Bevölkerung erwartet hat, nämlich tiefere Strompreise. Das Gegenteil ist passiert: Die Strompreise sind gestiegen. Niemand hat dies verstanden und niemand hat damit gerechnet, obwohl der erhöhte Preis für elektrische Energie mit der Marktöffnung während den Beratungen zum Stromversorgungsgesetz in Bern immer wieder ein Thema war. Schockiert waren vor allem die Grosskunden, die bis anhin durch langjährige Verträge mit ihren Stromlieferanten von günstigen Tarifen profitiert haben. Im Kanton Zürich haben die Grosskunden und wir alle aber Glück. Weil die Strompreise der Axpo nicht gestiegen sind, ist in der Folge auch das Preisniveau der EKZ gleich geblieben – oder fast gleich geblieben. Und die EKZ-Kunden erhielten auf ihre Energielieferung weiterhin einen Bonus von 15 Prozent. Die Lage auf den Energiemärkten wird sich aber zuspitzen und wahrscheinlich auch bei den EKZ einen preistreibenden Einfluss haben. Die Aufgabe der EKZ wird es sein, die Bevölkerung auf diese Veränderungen optimal vorzubereiten, sie genauer zu informieren, wie sich der Strompreis zusammensetzt, und dass «Liberalisierung» nicht «gleich Verbilligung» heisst. Unsere Aufgabe hier in diesem Parlament wird es sein, darauf zu achten, dass mögliche Gewinne aus den Strompreiserhöhungen nicht in erster Linie für die doppelte Bezahlung der Stromnetze verwendet werden, sondern vor allem den Stromkonsumenten und der Umwelt zugute kommen. Mit diesem letzten Satz möchte ich überleiten zum zweiten, für uns wichtigen Punkt im Geschäftsbericht, nämlich der gezielten Förderung effizienter Stromverwendung und der Förderung erneuerbarer Energien.

Die EKZ haben in diesem Bereich grosse Fortschritte gemacht und eine Leaderfunktion unter den Stromverkäuferfirmen übernommen. Ihr heutiges Engagement wäre noch vor zehn Jahren kaum vorstellbar gewesen. Die EKZ-Umweltinitiative, die Werbekampagne und so weiter sind sehr gut angekommen. Ganz besonders aber die Demonstrationsanlagen mit ihrer Stromgewinnung aus Biomasse, Pflanzenöl und Holz trugen dazu bei, dass die Bevölkerung und auch die Firmen für erneuerbare Energiequellen sensibilisiert und zum Teil gewonnen werden konnten. Trotz diesen Anstrengungen ist es ernüchternd, zu sehen, dass der EKZ-Strom nebst der Wasserkraft nur aus 4,5 Prozent

erneuerbaren Energiequellen besteht. Man muss sich hier schon die Frage stellen, ob in diesem Bereich nicht noch mehr getan werden könnte und ob sich die EKZ hinsichtlich ihres guten Geschäftsganges nicht noch mehr in der eigenen alternativen Stromproduktion, wie sie dies bei ihren Pilotdemonstrationsanlagen macht, engagieren sollte. Auch müsste alles unternommen werden, damit Ökostrom billiger und auch für Grossbezüger attraktiver wird. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet diejenigen, welche bereit sind, erneuerbaren Strom zu kaufen, dies mit einem so viel höheren Preis büssen müssen. In Zukunft müsste es eigentlich umgekehrt aussehen, nämlich dass der grösste Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommt und für den Normalverbraucher der günstigste ist.

Bezüglich umweltfreundliche CO₂-freie Stromerzeugung möchten wir hier noch anmerken, dass wir die Werbekampagne der Axpo, die auf falschen Tatsachen beruht, verurteilen. Es geht aus unserer Sicht nicht an, dass sich die Axpo als Hauptlieferantin der EKZ brüstet, mit ihrem CO₂-freien Strom etwas zum Klimaschutz beizutragen und gleichzeitig durch ihre Tochter in Italien mehrere Gaskraftwerke bauen lässt. Die Grünen verurteilen solche unehrlichen Werbekampagnen. Hier herrscht Handlungsbedarf vonseiten des Kantons und der EKZ.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf das 100-Jahr-Jubiläum eingehen. Es bot die einmalige Gelegenheit für die EKZ, der Bevölkerung das Produkt Strom als wertvolles, rares und lebenswichtiges Produkt näher zu bringen. Dies ist den EKZ mit all ihren Darbietungen sehr gut gelungen. Wir möchten ihr dazu gratulieren.

Mit diesen Anmerkungen bedanke ich mich im Namen der Grünen Fraktion bei allen Verantwortlichen der EKZ und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Auch die Grünen beantragen Ihnen, die Rechnung und den Geschäftsbericht zu genehmigen.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): In einem übersichtlichen und gut strukturierten Geschäftsbericht werden die wesentlichen Informationen über die Tätigkeit der EKZ zusammengefasst. Der Unternehmensgewinn konnte auf fast 25 gegenüber 15 Millionen Franken im Vorjahr gesteigert werden. Dies ist vor allem auf die Zunahme des Energieumsatzes zurückzuführen. Zum guten Geschäftsergebnis haben alle Bereiche beigetragen. Greift man einige wichtige Indikatoren heraus, kann festgestellt werden, dass gegenüber der Vorjahresperiode

der Betriebsertrag um 7,7 Prozent und der Energieumsatz um 4,1 Prozent gestiegen sind. Dies bei einer Zunahme der Nettoinvestitionen von 11,8 Prozent und bei einer Zunahme des Personalaufwandes von 6,4 Prozent. Durch eine konservative Anlagestrategie konnten die Verluste bei den Finanzanlagen unter 10 Prozent gehalten werden, was bei der im letzten Jahr ausgelösten Finanzkrise als positiv gewertet werden kann. Da das Geschäftsjahr per 30. September abschliesst, ist dieser Teil im nächsten Jahr besonders zu beachten. Der grosse Einbruch der Finanzmärkte hat sich im vierten Quartal 2008 ereignet. Bei den Contracting-Anlagen, welche in Betrieb sind, konnte das Volumen bei der Abgabe von Wärme um 54 Prozent und bei der Abgabe von Kälte um 14,3 Prozent gesteigert werden. Daraus ist ersichtlich, dass dieser Bereich am Expandieren ist und noch ein grosses Potenzial aufweist. Erfreulich ist, festzustellen, dass die Anzahl der Lernenden von 144 im Vorjahr auf 163 im betrachteten Geschäftsjahr zugenommen hat. Dies ist eine Zunahme von 13,2 Prozent.

Die EKZ als Energiedienstleister befinden sich in einem Spannungsfeld. Zu einem guten Geschäftsergebnis trägt ein hoher Energieumsatz bei. Dies widerspricht jedoch ökologischer Zielsetzung, möglichst wenig Energie zu verbrauchen. Darum hat sich die Geschäftsleitung als Ziel gesetzt, die Effizienz der Stromanwendung zu erhöhen und gleichzeitig durch intelligente Anwendung von Strom die Umwelt von CO₂-Emissionen und Erdölverbrauch zu entlasten. Die CVP unterstützt diese Strategie und wünscht dem Unternehmen bei der Umsetzung Hochspannung und ein energiegeladenes Marktumfeld mit wenigen Interferenzen, dies verbunden mit einem Dank an alle Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2008.

Die CVP beantragt dem Rat, die Rechnung und den Geschäftsbericht zu genehmigen und dem Verwaltungsrat Décharge zu erteilen.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Die EKZ legen heute dem Rat ihren 100. Geschäftsbericht vor. Das Jubiläum wurde im vergangenen Jahr in allen Regionen des Kantons in einem eindrücklichen Open-Air-Spektakel gebührend gefeiert. Zusammen mit der Ausstellung «Strom verstehen und sinnvoll einsetzen» ist es den EKZ an ihrem runden Geburtstag gelungen, die Kunden beziehungsweise die Bevölkerung für die zunehmende Wichtigkeit der Elektrizität als Energieform der Zukunft zu sensibilisieren. Wie hat es doch Verkehrsminister Leuenberger (*Bundesrat Moritz Leuenberger*) anlässlich der Eröffnung der

Westumfahrung gesagt? «Autos werden in Zukunft vermehrt mit Strom unterwegs sein.» Die Frage bleibt nur, woher der Strom dann kommen soll. Sowohl bei der Stromproduktion als auch bei der Planung und beim Bau von Netzinfrastrukturen handelt es sich um ein langfristiges Geschäft, und zwar nicht primär aus technischen, sondern aus ökonomischen Gründen, weil die hohen Investitionen nur über längere Zeiträume abgeschrieben werden können. Weder die Marktöffnung noch unrealistische Erwartungen an alternative Stromerzeugungsarten dürfen also zu kurzfristigem Denken und Handeln verleiten. Eine günstige und sichere Stromversorgung wird in Zukunft vermehrt auch für unsere Dienstleistungsgesellschaft von hoher Bedeutung sein. Es ist nicht nur der produzierende zweite Wirtschaftssektor, der wettbewerbsfähige Stromtarife braucht. Den Verantwortlichen der EKZ ist zu attestieren, dass sie die Entwicklungen im Strommarkt und die Auflagen des Regulators professionell analysieren und für ihr Geschäft als Energieverteiler anscheinend die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Daneben unterstützen die EKZ erfolgreich verschiedene Projekte zur effizienten Stromanbindung und zur alternativen Energiegewinnung. Leider gibt es zu wenig Kunden, die bereit sind, für Solarstrom den viel höheren Preis zu zahlen. Das Resultat ist ein Angebotsüberhang. Das Beispiel zeigt, dass wohl mittelfristig nur ein sinnvoller Mix aus unterschiedlichen Quellen den künftigen Strombedarf zu decken vermag.

Bei den EKZ erkennt man richtig, dass die Netze nicht stiefmütterlich behandelt werden dürfen. Die EKZ unterhalten ein Verteilnetz von sehr hoher Qualität und garantieren dank angemessenen Investitionen eine hohe Netzverfügbarkeit. Diese Errungenschaft muss auch in einem liberalisierten Markt erhalten bleiben, weil sie nicht zuletzt für die Wirtschaft einen Standortvorteil darstellt.

Die EKZ legen in ihrer Rechnung 2007/2008 soweit solide Zahlen vor. Nur dank dem höheren Energieabsatz konnte nun – im Gegensatz zum Vorjahr – ein positiver Ebit erwirtschaftet werden. Das Finanzergebnis hingegen brach ein. Das zeigt, dass die EKZ in einem durchschnittlichen oder eher schwachen Absatzjahr kaum in der Lage sind, ohne Beteiligungs- und Finanzerträge einen positiven Gewinn auszuweisen. Die EKZ haben eine sehr starke Bilanz mit enormen Reserven. Diesem über Jahrzehnte geäuften Schatz muss Sorge getragen werden. Die Finanzkrise hat im umfangreichen Wertschriftenportfolio der EKZ, wie wir gehört haben, einige Spuren hinterlassen, vor allem,

wenn man bedenkt, wie auch Andreas Federer gesagt hat, dass die Rechnung per 30. September schliesst, wo doch die grossen Einbrüche erst im Oktober 2008 stattfanden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die EKZ setzen sich intensiv mit den Veränderungen im Strom- und Energiemarkt auseinander. Sie haben die dafür notwendigen Kompetenzen aufgebaut und geeignete Massnahmen ergriffen, dass sie auch in Zukunft ein wichtiger Player in ihrem Geschäft bleiben können. Finanziell geht es darum, die Substanz zu erhalten und sinnvoll zu nutzen.

Ich möchte dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung danken für die weitsichtige Führung unseres Unternehmens EKZ. Die EVP-Fraktion stimmt der Genehmigung des Geschäftsberichts und der Rechnung 2007/2008 zu.

Michèle Bättig (GLP, Zürich): Die EKZ fahren zurzeit eine Doppelstrategie: Einerseits engagieren sie sich für eine nachhaltige Umweltpolitik. Sie fördern erneuerbare Energien, zukunftsweisende Projekte, sie beraten Kunden beim Umgang mit Energie und setzen sich intern Umweltstandards. Wir begrüssen dieses Engagement sehr. Von den gut 6000 Gigawattstunden Strom im letzten Geschäftsjahr waren jedoch nur wenige Prozente aus erneuerbaren Energiequellen. Hier ist noch Steigerungspotenzial vorhanden. Neben diesem nachhaltigen Engagement liegt der zweite Fokus der EKZ beim Atomstrom. Mit einer Beteiligung von über 18 Prozent sind die EKZ der grösste Aktionär der Axpo Holding AG. Die EKZ beziehen rund 96 Prozent des Stroms für ihre Kunden von der Axpo. Dieser Grundstrommix besteht vorwiegend aus Atomstrom. Aus grünliberaler Sicht keine nachhaltige Variante! Die Brennstäbe aus dem Betrieb von AKW werden wie fossile Brennstoffe aus dem Ausland importiert. Die Gewinnung von Uran verursacht zudem erhebliche Umweltschäden. Das Schadenrisiko bei Unfällen und Entsorgung wird von den Betreibern nicht gedeckt. Die Versicherung dieses Risikos trägt heute die Allgemeinheit. Wir sprechen hier von potenziellen Schäden ab 400 Milliarden Schweizer Franken. Die Gewinne fliessen jedoch in die Kasse der Eigentümer. Dies widerspricht dem grünliberalen Verständnis von konsequentem ökologischen Handeln und ist marktverzerrend. Die Produktion von Atomstrom hinterlässt radioaktiven Abfall, dessen aufwendige und langfristige Lagerung in der Praxis bis heute nicht gelöst ist. Die Kosten für die Lagerung der Abfälle sind nicht absehbar. Und

die Kosten, die zukünftige Generationen zu tragen haben, werden nirgends in den finanziellen Rückstellungen der Betreiber berücksichtigt. Aus grünliberaler Sicht ist ein noch stärkeres Engagement der EKZ im Bereich der erneuerbaren Stromproduktion wünschenswert sowie ein schrittweiser Rückzug aus dem Atomstromgeschäft. Ebenfalls würden die Grünliberalen einen verstärkten Fokus im Bereich der Beratung, zum Beispiel der Energieeffizienzmassnahmen, und der Energiedienstleistungen, zum Beispiel im Bereich des Contractings, begrüssen. Dadurch könnten sich die EKZ stärker diversifizieren und wären weniger vom konventionellen Stromgeschäft abhängig. Die hohe Beteiligung der EKZ und des Kantons von je gut 18 Prozent an der Axpo würde es zudem erlauben, dass die beiden Aktionäre gemeinsam die Axpo-Politik nachhaltiger ausrichten könnten. Zurzeit wird dies leider unterlassen. Wir fordern von beiden Akteuren ein stärkeres nachhaltiges Engagement.

Den Geschäftsbericht inklusive Rechnung werden wir genehmigen.

Peter Anderegg (SP, Dübendorf): Gestatten Sie mir einige ergänzende Bemerkungen und Fragen, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht stehen, mir aber wichtig scheinen für die künftige strategisch-normative Ausrichtung der EKZ. Dass die EKZ zuverlässig arbeiten, das wissen wir und schätzen wir. Damit haben wir auch eine grosse Versorgungssicherheit im Strombereich. Ich weiss das auch als ehemaliges Mitglied der früheren Aufsichtskommission. Ich weiss aber auch, dass man immer wieder Fragen hat und Anliegen hat, die eben nicht im Rahmen der Abnahme des Geschäftsberichts behandelt werden können. Und darum stelle ich als Energiekommissionsmitglied einige Thesen und Fragen in den Raum.

Wir sollten uns überlegen, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich in Energiewerke des Kantons Zürich umzuwandeln, also in ein Unternehmen mit einem umfassenden Energielieferauftrag. Wir müssen endlich die Revision des EKZ- und des Energiegesetzes angehen. Und wir sollten uns auch fragen, wie gut eigentlich der Verwaltungsrat in der Lage ist, eine nachhaltige Energie- und insbesondere Strompolitik zu betreiben. Wir müssen aber auch den NOK-Gründungsvertrag diskutieren und damit über die Bindung der EKZ an die Axpo – meine Kollegin Michèle Bättig hat das vorher ja auch angetönt –, weil damit natürlich auch die Eigentümerstrategie mit der Axpo angesprochen wird und der Kanton mit seinen 37 Prozent tatsächlich ein Grossaktio-

när ist. Wir müssen genau wissen: Sollen wir das zu je 50 Prozent beim Kanton halten und bei den EKZ oder soll alles beim Kanton liegen oder eben alles bei den EKZ? Diese Fragen müssen wir jetzt dringend diskutieren. Ein Teil dieser Fragen wird im Rahmen der Behandlung meiner Parlamentarischen Initiative ([370/2006](#)) «Nachhaltige Energieversorgung des Kantons Zürich» zu klären sein. Sie ist im Moment auch in der Kommissionsarbeit.

In diesem Sinn wünsche ich den EKZ weiter viel Erfolg und Durchhaltewillen auf einem nachhaltigen Energiepfad.

Rolf Sägesser, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Ich danke der Kommissionspräsidentin für die Würdigung des Geschäftsberichts und den Mitgliedern der Kommission für die erspriessliche Zusammenarbeit während des ganzen Jahres. Danken möchte ich auch den Rednern aus den Fraktionen für die wohlwollende Aufnahme der Tätigkeit der EKZ und des Geschäftsberichts. Ich gebe diese Anerkennung aus dem Rat gerne weiter und nehme meinerseits die Gelegenheit wahr, der Geschäftsleitung und den Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz sowie meiner Kollegin und meinen Kollegen im Verwaltungsrat für die gute Zusammenarbeit zu danken.

Ich nehme nun gerne die Gelegenheit für einen Ausblick wahr. Schliesslich liegt der Abschluss des hier besprochenen Geschäftsjahrs ja mehr als ein halbes Jahr zurück. Erinnern wir uns an den Auftrag. In der Zürcher Kantonsverfassung heisst es wörtlich: «Der Kanton sorgt für eine sichere und wirtschaftliche Elektrizitätsversorgung.» Das ist einfach und schnell gesagt. Für eine sichere Versorgung muss jede Sekunde so viel Strom produziert werden, wie gerade verbraucht wird. Es braucht jederzeit ein funktionierendes Netz für den Transport in die abgelegensten Winkel unseres Kantons. Strom ist heute nicht nur unentbehrlich, er ist auch der Schlüssel zur Energieeffizienz. Mit dem Einsatz von Strom lässt sich der Wirkungsgrad steigern in allen Bereichen. Das heisst: Mit weniger Ressourcen mehr erreichen und die Gesamtenergiebilanz deutlich verbessern. Aus diesem Grund wird die Bedeutung der Stromversorgung in Zukunft weiter zunehmen. Damit dehnt sich aber auch der Inhalt des in der Verfassung formulierten Begriffs einer wirtschaftlichen Versorgung wesentlich aus. Was heisst das nun in einer Zeit, in der erste Erfahrungen und Folgen der Strommarktliberalisierung überlagert werden durch Veränderun-

gen an der Wirtschaftsfront und in einer Zeit, wo nach Jahren relativer Ruhe ein starker Wettbewerb der Technologien auf allen Ebenen eine grosse Herausforderung darstellt? Ich möchte mich zu drei Stichworten äussern, nämlich erstens zu Aspekten der Stromproduktion, zweitens zur Wettbewerbsfähigkeit der EKZ und drittens zu Folgen der gegenwärtigen rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung.

Erstens: Zur Basis der Stromproduktion. Das EKZ-Gesetz und der NOK-Gründungsvertrag bleiben unverändert eine tragfähige Basis zur Erfüllung unseres Auftrags. Durch die Beteiligung an der Stromproduzentin Axpo-NOK stand dem Kanton Zürich auch immer genügend Strom zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Mit der Marktöffnung im Strombereich kommen jedoch unzählige technische, aber auch unternehmerische Herausforderungen auf die verschiedenen Akteure zu. Und gerade bei der Produktion ist die Herausforderung besonders gross. Die EKZ beteiligen sich nicht nur über die Axpo an der Erneuerung der Produktionspalette, sondern investieren auch direkt in zahlreiche Umweltentwicklungs- und Förderprogramme. Entscheidend für eine sichere und günstige Stromversorgung werden aber der Investitionszyklus und das Gelingen bei Grosskraftwerken sein, also bei der Axpo-NOK-Gruppe. Grossprojekte in der ganzen Schweiz sind zum Teil blockiert oder verzögert, obwohl man in Anbetracht der langen Bewilligungs- und Bauzeiten relativ zügig an die Sache herangehen sollte. Wir werden deshalb auch nicht um Produktion oder Import aus dem Ausland herumkommen. Und eigene Engagements im Ausland mit modernster Technik sind im Moment immer noch besser, als Braunkohlestrom zu importieren. Und die kleineren Anlagen im Bereich der neuen erneuerbaren Energien wachsen nur so schnell, wie der Staat sie subventioniert. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass sich der Strompreis in den nächsten Jahren mit höchster Wahrscheinlichkeit nur in eine Richtung bewegen wird, nämlich nach oben. Dies könnte sich dann noch verschärfen, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig neue Kapazitäten bereitzustellen. Der Netto-Stromexport der Schweiz verringert sich Jahr für Jahr. Und je nach Härte des Winters sind wir bereits Netto-Importeur, leider auch zu entsprechenden Preisen. Die EKZ wollen auch in Zukunft zu den Anbietern mit den besten Preisen gehören.

Zweitens: Zur Wettbewerbsfähigkeit. Ich bin sehr froh, dass die EKZ ihre anspruchsvolle Aufgabe bislang gut meistern konnten und als Unternehmen erfolgreich den Wandel vom Stromversorger zum modernen Energiedienstleister, der die Energieprobleme seiner Kunden lö-

sen will, vollzogen hat. Von der Energieberatung über Umweltförderprogramme bis zum freien Entscheid über die Produktionsart seines Stroms hat der Kunde heute eine breite Palette von Möglichkeiten, aus denen er oder sie wählen kann. Für die EKZ sind die Entwicklungen und Szenarien des erhöhten Wettbewerbs – mit Ausnahme des Geschehens bei den Finanzanlagen – bis jetzt keine Überraschung und somit im Rahmen der Erwartungen. Aus unserer Sicht dürfte das Tempo einer Konsolidierung im Markt auch höher sein, zum Nutzen der Kunden und der zürcherischen Volkswirtschaft. Wir verdienen an der Energie praktisch nichts und wollen dies auch in Zukunft so halten. Wir leiten sie durch – zu guter Qualität. Das Eingreifen des Regulators am Jahresende auf Segmente des Strompreises hatte dementsprechend für die EKZ kaum Auswirkungen. Veränderungen auf null sind ja auch weiterhin null.

Drittens: zum Einfluss der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung. Die rezessive Wirtschaft dürfte uns im Kerngeschäft nicht stark beeinflussen. Beim Energie-Contracting gehen wir sogar von einem weiteren Wachstum aus. Das Installationsgeschäft wird weniger Neubauten, dafür mehr massgeschneiderte Sanierungsarbeiten erledigen können, allerdings unter größerem Margendruck. Das Servicegeschäft schliesslich ist im Wesentlichen unabhängig von der Wirtschaftslage. Massgebend für die Entwicklung der EKZ bleibt dagegen nicht zuletzt die Zweckmässigkeit der eigenen Investitionszyklen. Wir haben beschlossen, in den nächsten Jahren weiterhin stark zu investieren, nämlich rund 90 bis 100 Millionen Franken pro Jahr. Wir wollen damit die Netzqualität weiter erhöhen und auch bei den Zählern den Anschluss an die neuste Technologie sicherstellen, ebenfalls Beratungen und Entwicklungen für neue Energien stark unterstützen. Wir wollen auch die Ausbildung von vorab technischen Berufen konstant halten; dazu gehört die Ausbildung von rund 160 Lernenden. Einige Projekte werden auch gar nicht entwicklungsfähig sein, wenn wir nicht mehr Personal im technischen Sektor haben im ganzen Land.

Damit komme ich zum Schluss. In einem offenen Markt darf und wird der Kunde den Ton angeben. Der Energieversorger muss aktiv auf die Bedürfnisse des Kunden eingehen und sich an Veränderungen im Umfeld rasch anpassen. Und die Rolle der Politik ist es, sinnvolle und praktikable Rahmenbedingungen zu schaffen. Ich danke Ihnen, wenn Sie das tun. Ich bin davon überzeugt, dass wir im Kanton Zürich auf dem richtigen Weg sind, um eine sichere und wirtschaftliche Energie-

versorgung weiterhin sicherzustellen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Detailberatung

Titel und Ingress

I., II. III., IV. und V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 165 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der AWU gemäss Vorlage 103a/2009 zuzustimmen und die Rechnung und den Geschäftsbericht der EKZ für das Jahr 2007/2008 zu genehmigen.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Sie haben damit die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich genehmigt, von der Gewinnverwendung Kenntnis genommen und dem Verwaltungsrat der EKZ für das Geschäftsjahr 2007/2008 Entlastung erteilt.

Damit verabschiede ich den Verwaltungsratspräsidenten Rolf Sägesser und wünsche ihm einen schönen Tag.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2008

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 23. Februar 2009 und Antrag der AWU vom 30. März 2009

KR-Nr. [77a/2009](#)

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Zu diesem Geschäft begrüsse ich hier im Ratssaal den Präsidenten des Bankrates, Doktor Urs Oberholzer, und auf der Tribüne die Mitglieder des Präsidiums und des Bankrates sowie den CEO der ZKB, Martin Scholl.

Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Wir führen zu Beginn eine Grundsatzdiskussion über den Kommissionsantrag 77a/2009 und die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB. Dann gehen wir den Kommissionsantrag in einer Detailberatung kapitelweise durch. Anschliessend ist das Wort frei für die einzelnen Kapitel des Geschäftsberichts der ZKB. Und am Schluss stimmen wir über das Geschäft 77a/2009 ab. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Heidi Bucher (Grüne, Zürich), Präsidentin der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Am 24. April 2009 hat die Zürcher Kantonalbank ein Pressecommuniqué mit dem Titel «AAA-Gütesiegel für die Zürcher Kantonalbank» verschickt. Die Ratingagentur Standard and Poors hat der ZKB das begehrte Triple-A-Gütesiegel bestätigt. Die Ratingagentur geht davon aus, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen der ZKB mit der Staatsgarantie und dem Kanton als Alleineigentümer erhalten bleiben und bewertet die Bank mit «stable». Die ZKB ist die einzige Schweizer Bank, die von den drei Ratingagenturen Standard and Poors, Moodys sowie Fitch Ratings die Bestnote erhalten hat. Die ZKB ist damit zum Muster mädchen unter den Banken mutiert. Wie ist so etwas möglich, nachdem doch im Sommer 2007 die Zeitungen ausschliesslich kritische Artikel über unsere Parlamentsbank, deren lausiges Risikomanagement und den demokratisch gewählten Bankrat veröffentlichten? Erinnern Sie sich? Damals haben wir ernsthaft erwogen, das Bankpräsidium zu ersetzen.

Unsere Kantonalbank ist trotz Finanzkrise ihr Triple-A wert, dank Mitarbeitenden, die sich voll einsetzen, dank Führungsleuten, die aus Fehlern lernen und Missstände korrigieren, und nicht zuletzt dank eines Gesetzes und einer Organisationsform, welche die Bank verpflichten, den Bürgern und Bürgerinnen unseres Kantons nachhaltige Finanzdienstleistungen anzubieten, die einen angemessenen und nicht einen maximalen Gewinn einbringen.

Dieses dicke Lob spreche ich zum zweiten Mal aus. Zum ersten Mal hörten Sie es im Oktober 2008. Der Geschäftsbericht und die Rechnung 2008, die Untersuchungen der AWU, die Verfügungen der Finma (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*) zur ZKB in der Sulzer-Affäre und nun auch Standard and Poors bestätigen dieses Urteil. Es ist überhaupt nicht selbstverständlich. Die ZKB hatte 2008 gefährliche Klippen zu umschiffen, wie ich Ihnen im Folgenden darlegen werde.

Erstens: Korrekturen nach der Affäre Sulzer. Die Sulzer-Affäre und das von der damaligen EBK und heutigen Finanzmarktaufsicht Finma eingeleitete Verwaltungsverfahren Sulzer AG haben die ZKB 2008 stark gefordert. Mit der Verfügung der Finma vom 22. Januar 2009 gegen die ZKB wurde das Verfahren bezüglich der Rolle der ZKB abgeschlossen. Darin wird festgestellt, dass – ich zitiere – «die ZKB im Zusammenhang mit der Emission und dem Handel in Effekten der Sulzer AG aufsichtsrechtliche Pflichten schwerwiegend verletzte. Namentlich unterstützte die ZKB in unzulässiger Weise Ronny Pecik senior bei dem Beteiligungsaufbau an der Sulzer AG. Ferner hat die Finma in diesem Zusammenhang verschiedene organisatorische Mängel bei der ZKB festgestellt. Diese wurden von der ZKB zwischenzeitlich behoben.» Zitat aus der Medienmitteilung der Finma vom 26. Januar 2009.

Im letzten Satz bezieht sich der Schreibende der Finma auf Massnahmen, welche die ZKB sofort nach dem ZKB-Fall Sulzer eingeführt hat: Man hat sich von denjenigen Personen, welche sich nicht korrekt verhalten haben, getrennt. Die ZKB hat am 1. April 2008 eine neue Risikoorganisation mit Chief Risk Officer, Gesamtbank-Risikomanagement, Eskalationssystem und dem Messen der Reputationsrisiken eingeführt. Ein neues Derivat-Reglement geht die Probleme mit der Meldepflicht an. Die Compliance-Organisation wurde gestärkt und eine neue interne Weisung zum Warehousing erstellt. Das Reglement für Eigengeschäfte der ZKB ist heute eines der strengsten. Das interne Kontrollsystem wurde verstärkt und entsprechende Weisungen wurden erarbeitet. Die öffentliche Reputationsdynamik wird laufend analysiert.

Die Mitglieder der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen wurden vom Bankpräsidium laufend, ausführlich und offen zum Ermittlungs- und Verwaltungsverfahren der Finma informiert und hatten Einsicht in den Inhalt der Verfügung der Finma vom 22. Januar 2009.

Zweitens: Risikoorganisation. Schon vor dem Fall Sulzer wurde die Risikoorganisation durch Ernst and Young AG gesamtheitlich beurteilt. Aus dem entsprechenden Bericht folgte das Projekt zur Reorganisation der Risikoorganisation. Sie wurde am 1. April 2008 eingeführt.

Drittens: Finanzmarktkrise. Das war ein guter Zeitpunkt für die Einführung einer neuen Risikoorganisation. Bis zum Ausbruch der Fi-

finanzmarktkrise hatte die ZKB Zeit, sich richtig zu organisieren und die Reglemente anzupassen. Im September 2008 war die ZKB mit den Krisenstäben gut aufgestellt und konnte sofort reagieren. Dass die ZKB die Finanzmarktkrise bis anhin recht gut gemeistert hat, ist auf die neue und gut eingeführte Risikoorganisation, das Vertrauen der Kunden und Kundinnen und die Kompetenz der Führungsgremien zurückzuführen.

Viertens: Kooperation mit der Banque Cantonale Vaudoise und IT-Projekte. Die ZKB hat eine IT-Architektur, welche seit 20 bis 30 Jahren in Betrieb ist und nun im grossem Stil abgelöst werden muss. Für die Entwicklung der neuen Plattform hat die ZKB von 1999 bis 2008 1,1 Milliarden Franken aufgewendet. Im selben Zeitraum wurden weitere 2,2 Milliarden Franken für IT-Betriebskosten, Wartung und Weiterentwicklung ausgegeben. Die hohen Kosten und der grosse Entwicklungsaufwand für die IT waren im Jahr 2007 Gründe für das Abschliessen eines Joint Ventures zwischen ZKB und Banque Cantonale Vaudoise (BCV). Es sollte eine Betriebsgesellschaft für das Einrichten und Betreiben eines gemeinsamen Dienstleistungszentrums gegründet werden, um in Zukunft die Investitionskosten in die IT gemeinsam zu tragen. Geplant war, dass die ZKB die Plattform im Alleingang mandantenfähig macht und die BCV danach darauf wechselt. Die ZKB machte sich an die Arbeit, die Anforderungen der BCV auf der Plattform der ZKB abzubilden. Von Beginn an fand eine Evaluation statt. Es wurden die Grundlagen erhoben zur Entscheidungsfindung für oder gegen die Gründung der geplanten Betriebsgesellschaft, welche nach einem Jahr, also im Sommer 2008, vorgesehen war. Beim Vorliegen der Resultate wurde klar, dass sich der Start der gemeinsamen IT-Plattform verzögern würde. Nach einer erfolglosen Suche nach Lösungen beschlossen die ZKB und die BCV, das gemeinsame Projekt zu beenden. Die Fertigstellung der neuen Plattform wird trotz Abbruch der Zusammenarbeit mit der BCV von der ZKB selber weitergeführt. Wir werden hier die Kosten besonders im Auge behalten.

Fünftens: Geschäftsabschluss 2008. Die Zürcher Kantonalbank hat im zurückliegenden, marktbedingt sehr anspruchsvollen Geschäftsjahr mit 692 Millionen Franken Bruttogewinn und 503 Millionen Franken Konzerngewinn ein gutes Resultat erzielt. Der Geschäftsabschluss 2008 der ZKB ist geprägt durch ein sehr gutes, weiter gewachsenes Zins- und ein leicht rückläufiges Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft. Das Handelsgeschäft wurde von den Marktereignissen betroffen und ist mit minus 84,7 Prozent stark eingebrochen. Es kann

aber trotzdem ein Gewinn ausgewiesen werden, was bei anderen Universalbanken im vergangenen Geschäftsjahr in der Regel nicht der Fall ist. Im Anlagebereich konnte die ZKB ihre Stellung im vergangenen Jahr festigen, wie der starke Neugeldzufluss von 16,4 Milliarden Franken verdeutlicht.

Die Kostenentwicklung macht der ZKB zu schaffen. Der Personalaufwand sank, trotz einer Erhöhung des Personalbestands, um rund 4 Prozent, weil die erfolgsabhängigen variablen Lohnbestandteile zurückgegangen sind. Hingegen hat der Sachaufwand durch die grossen IT-Kosten für die Erneuerung der Plattform weiter zugenommen. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste haben sich erhöht und sind einerseits geprägt durch die Zahlungen an die SAir-Group aufgrund des Bundesgerichtsurteils vom 29. Mai 2008, aber auch durch eine vorsichtige Rückstellungspolitik.

Trotz des schwierigen Geschäftsjahres und des um 40 Prozent niedrigeren Konzerngewinns folgt die ZKB bei der Gewinnausschüttung dem Grundsatz der Kontinuität: Die Gewinnausschüttung wurde nur um 12 Prozent auf 352 Millionen Franken gesenkt. Darin enthalten ist die Abgeltung der Zinskosten des Kantons von 52 Millionen Franken für das der ZKB zur Verfügung gestellte Grundkapital von 1,925 Milliarden Franken. In die Staatskasse des Kantons fliessen, ebenfalls als Anteil der Gewinnausschüttung, 200 Millionen Franken, während die 171 Zürcher Gemeinden 100 Millionen Franken vereinnahmen können.

Nach erfolgter Gesamtausschüttung verfügt die ZKB über stattliche Eigenmittel in der Höhe von 7 Milliarden Franken, 100 Millionen Franken mehr als 2007. Das entspricht einer Eigenmittel-Ratio von 12,9 Prozent. Bei einer gesetzlichen Mindestanforderung von 7 Prozent ist das eine solide Eigenkapitalbasis.

Siebtens: Abschliessende Bemerkungen. Die Zusammenarbeit der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen mit allen Bankorganen und insbesondere mit dem Bankpräsidenten war von grosser Offenheit geprägt. Wir wurden im Geschäftsjahr 2008 unverzüglich, ungeschminkt und ehrlich über die wichtigen Themen der Bank informiert. Das Bemühen der Verantwortlichen, Fehler nicht zu vertuschen, sondern aus ihnen für die Bank zu lernen, konnten wir miterleben. Die ZKB ist eine lernende Organisation, was sie für die anspruchsvolle Aufgabe während der Finanzkrise gestärkt hat. Die Mitglieder der AWU gratulieren der Bank zu dieser ausserordentli-

chen Leistung in schwierigen Zeiten und für das solide Geschäftsergebnis 2008. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren grossen Einsatz.

Antrag: Die AWU hat die Rechnung und den Geschäftsbericht 2008 der Zürcher Kantonalbank zur Kenntnis genommen. Der Leistungsauftrag ist erfüllt. Deshalb wird dem Kantonsrat in Übereinstimmung mit dem Bankrat beantragt, Rechnung und Geschäftsbericht der ZKB für das Jahr 2008 zu genehmigen, von den Gewinnverwendungen gemäss gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Kenntnis zu nehmen und den Bankorganen für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Walter Müller (SVP, Pfungen): Die Finanzmarkturbulenzen im Geschäftsjahr 2008 haben auch das finanzielle Ergebnis der Zürcher Kantonalbank erheblich beeinflusst. Nach meiner Auffassung hat die ZKB in diesem anspruchsvollen Umfeld ein sehr gutes Resultat erzielt. Sie haben es gehört: Mit 12,9 Prozent Eigenkapital ist die Zürcher Kantonalbank im Vergleich mit anderen Banken sehr gut positioniert. Trotz des tieferen Konzerngewinns liegt die Ausschüttung an den Kanton und die Gemeinden nur 12 Prozent unter dem Rekordjahr 2007.

Aufgrund der Parlamentarischen Initiative von Heidi Bucher über die Nachhaltigkeit hat die Aufsichtskommission den Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt. Die Kommission, das heisst vor allem die bürgerlichen Mitglieder, haben festgestellt, dass die ZKB im Bereich Nachhaltigkeit viel unternommen hat. Die ZKB hat sich zum Ziel gesetzt, in Bezug auf Nachhaltigkeit in der Schweiz eine führende Stellung einzunehmen. Aus unserer Sicht ist hier kein zusätzlicher Handlungsbedarf nötig. Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch feststellen, dass der Leistungsauftrag der Zürcher Kantonalbank hauptsächlich darin besteht, die Bevölkerung im Wirtschaftsraum Zürich mit Geld und Bankdienstleistungen zu versorgen. Unter dem Motto «Die nahe Bank» hat sie die Regionen neu aufgeteilt und die Beratung der Kunden weiter ausgebaut und verbessert.

Noch ein paar Worte zum Fall Sulzer. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Bank aufgrund der Vorkommnisse die personellen Konsequenzen gezogen und sich von den fehlbaren Personen getrennt hat. Mit Genugtuung haben wir auch festgestellt, dass aufgrund der Finma-Verfügung keine weiteren personellen Konsequenzen ge-

zogen werden müssen. Die im Jahr 2008 neu eingeführte Risikoorganisation sollte nach menschlichem Ermessen Gewähr bieten, dass in Zukunft ein Fall Sulzer nicht mehr vorkommen kann.

Noch ein paar Worte zur Zukunft der ZKB: Bedingt durch den grossen Geldmittelzufluss ist die Versuchung vorhanden, allzu schnell zu expandieren. Demzufolge werden wir uns im neuen Jahr über die Wachstumsstrategie der Kantonalbank genau informieren lassen und die Umsetzung überprüfen. Im Weiteren werden wir ein grosses Augenmerk auf das neue Lohnsystem werfen und das neue Boni-Reglement genau anschauen.

Die SVP gratuliert Doktor Urs Oberholzer und dem gesamten Bankrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gute Geschäftsergebnis. Die SVP-Fraktion wird aus den genannten Gründen diesem Bericht zustimmen. Ich bitte Sie, ein Gleiches zu tun. Danke.

Raphael Golta (SP, Zürich): Es ist gerade mal sechs Monate her, seit wir den letzten Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank beraten haben. Aber auch in dieser kurzen Zeitspanne ist einiges Wasser die Limmat runtergeflossen. Einige Milliarden haben an der Bahnhofstrasse die Hausnummer gewechselt und sogar die bürgerlichen Parteien benennen die Krise mittlerweile als solche. Die ZKB hat sich in diesem Sturm wirtschaftlich sehr gut gehalten und ein beachtliches Resultat erzielt. Wir gratulieren dem Bankpräsidium, dem Bankrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZKB zu diesem Ergebnis und danken.

Leider müssen wir heute auch über ein weniger erfreuliches Kapitel der jüngeren ZKB-Geschichte sprechen: den Fall Sulzer. Die Finma entlastet die ZKB dahingehend, dass die Bank die börsengesetzlichen Meldepflichten nicht verletzt habe. So weit, so gut. Weniger gut und erfreulich ist, dass die Finma eine schwerwiegende Verletzung aufsichtsrechtlicher Pflichten festgestellt hat. Nach Einsicht in die Verfügung der Finma komme ich zu folgender Wertung: Unter dem Ex-CEO Hans Vögeli konnte die ZKB ihre Gewinne, insbesondere im Handelsgeschäft, stark steigern. Bankrat und Bankpräsidium liessen es in dieser Phase aber zu, dass die entsprechenden Entscheidungsabläufe zu stark auf den CEO ausgerichtet waren. Die Organisationsstrukturen wurden erst zu spät an die veränderte Situation angepasst. Wie auch andere Banken versäumte es also auch die ZKB, in den eher guten Zeiten den eigenen Erfolg genügend zu hinterfragen. Andere Ban-

ken – und im Falle der UBS auch der Staat – mussten dieses Versäumnis mit einem hohen monetären Preis bezahlen. Die ZKB bezahlte «nur» mit einem beträchtlichen Reputationsverlust. In der Zwischenzeit hat die ZKB ihre Risikoorganisation angepasst. Und es ist durchaus glaubwürdig, dass ein gewisser Kulturwandel, insbesondere in Bezug auf den Handel, stattgefunden hat. Wir hoffen, dass die entsprechenden Massnahmen genügen. Denn eines muss uns allen hier klar sein: Einen Fall Sulzer darf es nie wieder geben. Daran wird die aktuelle und jede künftige Bankführung zu messen sein.

Lassen Sie mich noch etwas zur Rolle der ZKB bei der Bewältigung der aktuellen Krise sagen. Auch wenn da und dort erste Hoffungsschimmer vermeldet werden, wissen wir alle nicht, ob wir den Tiefpunkt der Krise tatsächlich schon hinter uns haben. Was wir aber wissen oder zumindest wissen sollten: Die Finanzmarktkrise ist mehr als ein einmaliges «Dumm gelaufen». Die Krise offenbart Systemmängel in der Finanz- und Bankenwelt, die heute anzugehen sind. Wir müssen sicherstellen, dass das «Nach der Krise» nicht zum «Vor der nächsten Krise» wird. Die ZKB nimmt sowohl in der Krisenbewältigung wie auch in der Neuausrichtung der Finanzwelt eine wichtige Rolle ein. In der aktuellen Krise muss die ZKB dafür sorgen, dass die Kredite für kleine und mittlere, aber auch für grössere Unternehmen sichergestellt werden. Längerfristig muss die ZKB als Vorbild für alle übrigen Banken – mit und ohne Staatsgarantie – dienen. Die ZKB muss Vorreiterin sein im Umgang mit Risiken, in Sachen Transparenz, in der Umsetzung eines gemässigten Lohnsystems, kurz: Die ZKB muss Vorbild und Vorreiterin sein für ein Finanzsystem, das die realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen löst und diese nicht selber verursacht.

Barbara Angelsberger (FDP, Urdorf): Die FDP-Fraktion wird den Geschäftsbericht 2008 der ZKB einstimmig genehmigen, den Bankrat und das Präsidium mit Doktor Urs Oberholzer entlasten und ihren Dank der Geschäftsleitung mit CEO Martin Scholl und den ZKB-Gremien aussprechen. Wir gratulieren der Bank zum guten Resultat im Jahr 2008, einem Jahr, in welchem sich die Finanzkrise bereits deutlich abzeichnete. Wir gratulieren auch ganz herzlich zur erneuten Verleihung des Triple-A-Gütesiegels der Ratingagentur Standard and Poors. Wir freuen uns mit ihnen darüber. Die FDP freut sich sehr, dank des vorliegenden Geschäftsberichts der ZKB von einer Bank auf dem Finanzplatz Zürich ein gutes Resultat 2008 zu vermelden.

Unsere Kommission hat während des Jahres 2008 einen guten Einblick in das Geschäftsgebaren der Bank gewonnen. Wir konnten uns überzeugen, dass die ZKB den schwierigen Herausforderungen gewachsen war, die langjährigen treuen Kunden halten konnte und mit einem Nettozufluss von 16,4 Milliarden Franken neue Kunden gewinnen konnte. 7,5 Milliarden Franken sind von Privatpersonen und 8,9 Milliarden Franken von Firmen und institutionellen Anlegern dazugekommen. Im Jahr 2007 waren es im Vergleich dazu 2 Milliarden Franken. Der Anstieg des Kundenvermögens um 2,9 Milliarden Franken zeigt das Vertrauen der Kunden in unsere Bank. Es scheint, dass sich das in den Jahren 2007 und 2008 aufgebaute akkurate Risikomanagement gelohnt hat. Das Resultat 2008 ist Ausdruck der Verpflichtung der Bank gegenüber ihren Anspruchsgruppen mit ihren Corporate-Governance-Standards und dem verantwortungsvollen Verhalten. Bankkunden von heute streben wieder vermehrt nach Sicherheit, Werterhaltung und nachhaltigem Wachstum ihrer Bank. Diesen Werten trägt die ZKB gut Rechnung. Die Aufsichtskommission ist darauf bedacht, diese Haltung zu kontrollieren. Mit dem Fall Sulzer ist die ZKB um eine eigene Erfahrung reicher, was passiert, wenn man die aufsichtsrechtlichen Pflichten verletzt. Die ZKB hat jedoch sofort mit den nötigen Massnahmen reagiert. Heute stehen deshalb die Instrumente, die es braucht, um solche Fälle zu vermeiden, zur Verfügung, mit Risikoorganisation, Gesamtbankrisikomanagement, Eskalationssystem und Messungen des Reputationsrisikos. Natürlich immer unter der Voraussetzung, dass diese Instrumente laufend und richtig zur Anwendung kommen. Ohne fundierte Personalpolitik, das heisst die richtige Person am richtigen Ort, nützen auch die besten Instrumente nichts. Wir sind aber überzeugt, dass heute innerhalb der Bank sehr gut auf diese Position geachtet wird. Die Aufsichtskommission wurde über den Fall Sulzer umfassend informiert. Wir hatten die nötigen Unterlagen zur Einsicht und betrachten diesen Fall mit der Verfügung der Finma als erledigt.

Dass die Finanzkrise an der Bank nicht spurlos vorüberging, zeigt der Einbruch des Handelsgeschäftes mit minus 84,7 Prozent. Dieses Resultat geht auf einen Verlust im Aktien- und Aktienderivatsbereich von 346 Millionen Franken zurück. Dass trotzdem ein solides Resultat erwirtschaftet wurde, ist den anderen Sparten zu verdanken wie dem Zinsgeschäft und den soliden Dienstleistungsgeschäften. Die Bank hat trotz den widrigen Umständen auf den Finanzmärkten mit 503 Millionen Franken Konzerngewinn einen angemessenen und sicher auch

nachhaltigen Gewinn erwirtschaftet. Mit dem bereits erwähnten erneuten Triple-A-Gütesiegel wird dieses Resultat gewürdigt. Die Einschätzung der Ratingagentur mit den Begründungen wie der starken Verankerung im Wirtschaftsraum Zürich, der soliden Qualität der Ausleihung, einer starken Kapitalbasis, einer konservativen Risikopolitik und eines professionellen Risikomanagements zeigt der drittgrössten Bank auf, dass sie auf dem Schweizer Finanzplatz auf dem richtigen Weg ist. Dies ist umso wichtiger, da jede zweite Zürcherin und jeder zweite Zürcher den Dienstleistungen der ZKB vertraut. Mit einer Marktdurchdringung von über 50 Prozent verfügt die Bank im Privat- wie auch im Geschäfts- und Firmenkundengeschäft über eine führende Position im Wirtschaftsraum Zürich.

Lassen wir also der ZKB den nötigen Freiraum, um sich weiter in unserem Sinne zu positionieren und zu entwickeln. Die öffentliche Hand, die wiederum aus dem Gewinn 352 Millionen Franken erhalten hat, weiss dieses Jahr den Beitrag besonders zu schätzen. Wir hoffen trotz der Krise hier auf eine gewisse Konstanz. Dass die ZKB ein anspruchsvolles Jahr 2009 erwartet, ist uns allen klar. Wo uns die Finanzkrise in diesem Jahr noch hinführt, kann man noch nicht abschätzen. Die jährlichen Investitionen von 300 Millionen Franken in den IT-Bereich für ein leistungsfähiges Informationssystem und eine laufende Erneuerung der IT-Plattform, die jährlich aufzuwendenden 40 Millionen Franken für die Gebäudeerneuerung, die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der 326 Lehrlinge, der Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsregion Zürich im Sinne des Leistungsauftrages und der Nachhaltigkeit – all das und noch mehr sind in den nächsten zwei Jahren wohl gröbere Herausforderungen. Unterstützen wir unsere Bank dabei, wachsam aber auch wohlwollend. Dass die ZKB auch allen ihren Lehrlingen, welche nun die Lehre abschliessen, einen Arbeitsvertrag anbietet, wissen wir ebenfalls sehr zu schätzen. Diese gesellschaftliche Verantwortung nimmt die Öffentlichkeit sehr wohl wahr, und dies hebt das Ansehen der Marke ZKB.

In diesem Sinne ist die FDP-Fraktion einstimmig für die Abnahme von Rechnung und Geschäftsbericht 2008 der Zürcher Kantonalbank. Sie dankt der gesamten Bank für die geleistete Arbeit im Jahr 2008 ganz herzlich und wünscht ihr viel Glück und Erfolg für die schwierigen Herausforderungen 2009.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Erklärung der SP-Fraktion zur Jugendarbeitslosigkeit

Karin Maeder (SP, Rüti): Ich verlese Ihnen eine Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion mit dem Titel «Die Jugend braucht Lehrstellen und Arbeit.»

Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft viele Jugendliche besonders schmerzhaft. Junge Menschen, die keine Lehrstelle finden oder nach der Lehre nicht mehr weiterbeschäftigt werden, verlieren die Hoffnung auf eine berufliche Zukunft. Das wird sich langfristig verheerend auswirken. Die Arbeitslosigkeit von 20- bis 25-Jährigen stieg in den letzten Monaten markant an. Gegenüber dem Vorjahr nahm sie um mehr als 44 Prozent zu, wie die neusten Zahlen des Staatssekretariates für Wirtschaft, Seco, vermelden. Spitzenreiter in der Sozialhilfe sind einmal mehr schlecht ausgebildete Jugendliche. Jeder dritte Sozialhilfebezüger und jede dritte Sozialhilfebezügerin ist weniger als 30 Jahre alt. Diese schlimme Situation wird sich weiter verschärfen. Deshalb muss der Kanton hier Gegensteuer geben, wie er es im Übrigen früher auch schon getan hat. Unsere Gesellschaft muss sich der Jugendarbeitslosigkeit mit allen Mitteln entgegenstemmen. Wir alle stehen hier in der Verantwortung.

Die SP wird deshalb heute Vorstösse ([129/2009](#), [130/2009](#), [131/2009](#)) einreichen, mit denen Massnahmen gefordert werden, die schnellstmöglich umgesetzt werden müssen und umgesetzt werden können.

Die SP-Fraktion fordert, dass der Kanton seine Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die keine Anschlusslösung finden, bis maximal 18 Monate weiterbeschäftigt und so eine Vorbildwirkung gegenüber anderen Arbeitgebern übernimmt. Damit können diese Jugendlichen Erfahrung im Beruf sammeln und sind besser gerüstet für die Zukunft. Die SP-Fraktion fordert weiter, dass die Verordnung für den Berufsbildungsfonds schnellstmöglich verabschiedet und in Kraft gesetzt wird. Damit lassen sich mehr Mittel für Projekte im Bereich der Lehrstellenförderung einsetzen. Die SP-Fraktion fordert, dass der Kanton als Arbeitgeber auf den kommenden Sommer Attestausbildungsplätze einrichtet und damit auch schwächeren Jugendlichen eine Ausbildung anbietet.

Angesprochen sind darüber hinaus auch die Gemeinden und alle Arbeitgeber im Kanton. Rasches und zielgerichtetes Handeln ist jetzt Gebot der Stunde. Im Vergleich mit den enormen Beiträgen, die zur

Rettung des Bankplatzes Schweiz aufgewendet werden müssen, kann hier mit sehr viel bescheideneren Mitteln viel erreicht werden. Das sind wir unserer Jugend schuldig.

Erklärung der SVP-Fraktion zur Fraktionserklärung der SP betreffend Jugendarbeitslosigkeit

Claudio Zanetti (SVP, Zollikon): Nur kurz im Namen der SVP eine Stellungnahme zu dem, was soeben von SP-Seite vorgetragen wurde. Es ist wieder bezeichnend: Die SP möchte wieder Probleme mit falschen Massnahmen lösen, Probleme, die sie selber geschaffen hat. Ich erinnere daran, dass Sie zum Beispiel massiv für die Personenfreizügigkeit waren. Schauen Sie sich mal die Statistik an, wie die Zahlen aussehen bei der Arbeitslosigkeit! Allein der Anteil der Deutschen ist um 80 Prozent gestiegen. Das kann ja nicht in Ihrem Interesse sein! Sie mit Ihrer Politik verschärfen dieses Problem, das Sie zu Recht ansprechen. Aber es wäre vielleicht schon viel getan, wenn wir schauen würden, dass das Problem sich nicht monatlich verstärkt. Und dann müssen wir auch nicht über solche Vorschläge diskutieren, dass einfach der Staat wieder einspringen und Posten schaffen muss, die es gar nicht braucht. Lösen Sie das Problem bei der Ursache! Eine der Ursachen ist beispielsweise diese Personenfreizügigkeit. Danke.

Erklärung der EDU-Fraktion zur Euro-Pride 2009

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Ich verlese eine Fraktionserklärung zur Euro-Pride 2009.

Die Stadt Zürich steht im Wonnemonat Mai im Zeichen lesbisch-schwuler Festivitäten. Es ist bekannt, dass der homosexuelle Lebensstil mit vielen gesundheitlichen Risiken behaftet ist, was zahlreiche Studien, insbesondere beim schwulen Lebensstil, belegen können. Dazu gehören Gesundheitsrisiken wie hohes Aidsrisiko, hohes Depressionsrisiko, hohes Selbstmordrisiko, hoher Drogen- und Rauschmittelkonsum. Auch fehlt in dieser Lebensform die heute überall verlangte Nachhaltigkeit. Oder spielt die Nachhaltigkeit bei der gesellschaftlichen Orientierung und Selbstverwirklichung keine Rolle?

Homosexualität ist weder gottgewollt noch gesellschaftsfördernd. Mit einer Werbeplattform für diesen Lebensstil, wie sie die Euro-Pride darstellt, wenden wir uns als Kanton und Stadt Zürich vom Segen Gottes ab. Dabei hätten wir den Segen Gottes gerade in der heutigen wirtschaftlichen Situation besonders nötig. Deshalb ist die EDU-

Fraktion empört und es schmerzt uns, dass unser Kantonshauptort fünf Wochen lang zu einer Werbeplattform für den homosexuellen Lebensstil umfunktioniert wird. Die EDU wehrt sich für die Bevölkerungsteile, welche diesen Propagandafeldzug nicht goutieren und ihrem Verantwortungsbewusstsein diese Beeinflussung unserer Jugend und unserer Gesellschaft ablehnen. Was wir säen, werden wir oder eben unsere Kinder ernten. Es ist aus unserer Sicht darum völlig unverantwortlich, dass staatliche Sponsorengelder in diesen Anlass fliessen. Offizielle Sponsoren von Euro-Pride 09 sind die mit Steuergeldern unterstützten Organisationen wie Zürich Tourismus, Tourismus Schweiz sowie die defizitären SBB. Unerstützung erhält die Euro-Pride auch von der Stadt Zürich.

Wir möchten zum Schluss zu den Medien und in den Saal rufen: Gott schenkt Befreiung aus der Homosexualität!

Erklärung von Regierungsrat Thomas Heiniger zur Schweinegrippe

Regierungsrat Thomas Heiniger: Hätte ich heute Gelegenheit gehabt, mich zum Postulat ([57/2009](#)) zu äussern, hätte ich es dort angefügt. Da das offenbar nicht der Fall sein wird, werde ich aus aktuellem Anlass Ihnen sechs Punkte zur Schweinegrippe mitteilen, damit Sie wissen, wie es aussieht im Kanton Zürich.

Erstens: Der Kantonsärztliche Dienst der Gesundheitsdirektion Zürich ist am Samstagabend, am 25. April 2009, vom BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) informiert worden zu den aktuellen Verhältnissen.

Zweitens: Der Kantonsarzt hat ebenfalls noch am Samstagabend dann die Spitäler orientiert und auch die Bezirksärzte.

Drittens: Ärzte und Spitäler sind ersucht, Verdachtsfälle dem USZ (*Universitätsspital Zürich*) zu melden und sie auch dorthin einzuweisen. Denn das USZ ist eingerichtet für solche Fälle.

Viertens: Heute noch steht der Kantonsärztliche Dienst in Kontakt zum BAG und befolgt auch die Empfehlungen des Bundesamtes. Zu den Aufgaben des Bundes gehören insbesondere auch alle Massnahmen an der Grenze, also auch am Flughafen.

Fünftens: Bis heute Morgen sind keine Verdachtsfälle im Kanton Zürich bekanntgeworden.

Sechstens: Weitere aktuelle Information erhalten Sie derzeit über die ab heute Nachmittag eingerichtete Hotline beim BAG und auch auf

der Homepage der Gesundheitsdirektion. Hier ist eine entsprechende Rubrik aufgeschaltet.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen eine gute Pause.

Die Beratungen werden fortgesetzt.

Susanne Rihs (Grüne, Glattfelden): Als Vertreterin der Grünen werde ich auch bei der ZKB nicht noch einmal den ganzen Geschäftsbericht Revue passieren lassen. Unsere Präsidentin Heidi Bucher hat das schon gemacht. Ich werde mich nur noch auf ein paar wenige Punkte konzentrieren, die uns Grünen besonders aufgefallen und wichtig sind. Das Jahr 2008 war auch für die ZKB in mancher Hinsicht ein spezielles Jahr. Während Grossbanken mit ihren verfehlten Strategien, Risikobeurteilungen, Spekulationen und falschen Anreizen Verluste einführen, stand die ZKB wie ein Fels in der Brandung da. Für viele grosse und kleine Bankkunden wurde sie zum neuen Zufluchtsort in Finanzsachen. Sie konnte vom Fehlverhalten der Grossbanken profitieren. Sie konnte dadurch trotz widriger Umstände in der Finanzbranche ein gutes Resultat erwirtschaften.

Die ganze Bankenkrise hat gezeigt, dass Vertrauen und respektvoller Umgang miteinander Voraussetzungen für den Erfolg auch im Bankengeschäft sind. Sie hat aber auch gezeigt, wie wichtig die Rahmenbedingungen und der Leistungsauftrag, welche die Zürcher Bevölkerung der ZKB auferlegt hat, in Finanzkrisen sind.

In dieser für die Finanzbranche erschütternden Zeit ist die ZKB also als Siegerin hervorgegangen. Dies ist nicht nur einfach gut, sondern auch eine Herausforderung, nämlich indem zum Beispiel das viele neu zugeflossene Geld sinnvoll und verantwortungsvoll eingesetzt und investiert wird. Mit diesem Satz möchte ich auf das Wachstum, das die ZKB als Motto für den diesjährigen Geschäftsbericht genommen hat, überleiten. Ich weiss nicht, ob sie dieses heute auch noch ins Zentrum setzen würde, hatte Wachstum doch damals, als man wahrscheinlich entschied, vielleicht vor zwei Jahren, noch keinen so schalen Nachgeschmack und man brachte es noch nicht mit Bankenkrise und Bankenrettungsaktionen in Verbindung. Die ZKB hat es aber fertiggebracht, Wachstum so darzustellen, dass man dazu stehen kann. Die PR-Abteilung hat es verstanden, Wachstum im Einklang mit

Umwelt und Gesellschaft bildlich darzustellen und die guten Grundsätze der Bank als Basis für Wachstum zu nehmen und sie dann erst noch mit Personen in Verbindung zu bringen. Alle Personen, die diesen Bericht lesen, fühlen sich so persönlich angesprochen. Da haben die Werbetexter der ZKB eine ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Trotzdem stehen die Grünen kritisch gegenüber Wachstum. Jedes Wachstum birgt auch seine Gefahren; das haben wir in den letzten Monaten genügend gesehen. Je höher eine Firma wächst, desto tiefer kann sie fallen. Energie, Förderung, Freiheit und Ideen, wie sie in diesem Bericht als Voraussetzung für Wachstum dargestellt sind, müssten auch Voraussetzung sein für das ganz gewöhnliche Bankbusiness. Die wirklichen Wachstumsstrategien der ZKB, vor allem diejenigen ausserhalb des Zürcher Finanzplatzes, werden wir dagegen mit kritischem Auge begleiten.

Die Grünen stellen mit Erleichterung fest, dass das ganze Geschäft und die Verfahren rund um die Sulzer AG abgeschlossen werden konnten. In der AWU wurden wir in dieser heiklen Sache vom Bankrat immer offen orientiert. Wir haben festgestellt, dass die ZKB mit Sulzer Fehler gemacht hat. Sie hat daraus aber ihre Lehren gezogen und die organisatorischen Mängel behoben. Sie hat sich von den damals involvierten Personen getrennt und eine neue Risikoorganisation auf die Beine gestellt. So wurden Voraussetzungen geschaffen, dass kritische Sachverhalte offen, transparent und kontrovers diskutiert werden können. Wie überall hat man aber auch hier festgestellt, dass hinter jedem Entscheid Menschen stecken, die Fehler machen oder vielleicht verantwortungslos handeln. Aus diesem Grund wurden bei der Rekrutierung von Kaderleuten neue Verfahren auch für die Charakterprüfung eingeführt. Der Fall Sulzer war also auch eine Chance, damit alte Strukturen hinterfragt und neue eingeführt werden. Wir glauben, dass diese genau zur richtigen Zeit kamen und gerade heute bei der Risikobeurteilung besonders wichtig sind.

Als letzten Punkt möchte ich noch auf das grosse Engagement eingehen, welches die ZKB im Bereich Nachhaltigkeit leistet. Jedes Jahr kommt sie dem Ziel, die führende Bank in Sachen Nachhaltigkeit zu sein, näher. Wir haben festgestellt, dass sie beim nachhaltigen Bauen zum Beispiel, dem Umweltschutz im eigenen Betrieb, bei der Förderung der KMU und so weiter und so weiter grosse Fortschritte gemacht hat und ein grosses Engagement zeigt. Die ZKB hat gezeigt, dass sie ihren Worten und Zielen auch Taten folgen lässt.

Die Grünen sind überzeugt, dass sie auf diesem Weg weiterhin eine erfolgreiche Bank bleiben wird, auch wenn die Zeiten schwierig sind. Im Namen der Grünen Fraktion danke ich dem Bankrat für die gute Zusammenarbeit und der Geschäftsleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZKB für die geleistete Arbeit. Die Grünen werden sowohl Geschäftsbericht wie Jahresrechnung genehmigen.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): In einem umfassenden und attraktiv gestalteten Geschäftsbericht gibt die ZKB Auskunft über die geschäftlichen Aktivitäten und das Geschäftsergebnis. Die Rekordergebnisse der Vorjahre haben hohe Erwartungen geweckt. Die Finanzkrise hat jedoch alles relativiert. Durch die mediale Berichterstattung von riesigen Verlusten bei Grossunternehmen und vom Niedergang von Konzernen, die als Erfolgsgaranten galten, wurde mit Spannung erwartet, wie sich die ZKB in diesem Marktumfeld positioniert. Ein Vergleich des Geschäftsergebnisses 2008 mit dem Vorjahr macht wenig Sinn. Auch ein Vergleich mit den Geschäftsergebnissen der Schweizer Grossbanken wie UBS oder Credit Suisse ist nicht angebracht, weil die ZKB mit ihrem Leistungsauftrag nicht dieselben Zielvorgaben hat. Trotzdem ist es ein Teilerfolg für die ZKB, dass sie in diesen turbulenten Zeiten immerhin einen Konzerngewinn von 503 Millionen Franken ausweisen kann. Die Gewinnausschüttung von 352 Millionen Franken an Kanton und Gemeinden ist dank der soliden Eigenmittelausstattung möglich.

Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr war in den einzelnen Geschäftsbereichen ganz unterschiedlich; darum trotzdem ein paar Vergleiche zum letzten Abschluss: Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Zinsgeschäft um 8,5 Prozent zulegen. Beim Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft ist ein Rückgang von 7 Prozent zu verzeichnen, was angesichts des schwierigen Börsenumfeldes noch als gut bezeichnet werden kann. Der grosse Einbruch mit 84,7 Prozent lag beim Handelsgeschäft. Trotz Personalzuwachs konnte der Personalaufwand um knapp 4 Prozent gesenkt werden. Dies ist auf den Rückgang der erfolgsabhängigen Entschädigungen zurückzuführen, was wiederum einen direkten Zusammenhang mit der Ergebnisentwicklung hat. Etwas Sorge bereitet uns die Steigerung des Sachaufwandes um rund 15 Prozent, welcher vor allem auf die Modernisierung der bankeneigenen IT-Plattform zurückzuführen ist. Das Wachstum im Kreditgeschäft ist auf die Zunahme des Hypothekarbestandes und auf die Zunahme von Krediten gegenüber Firmen zurückzuführen. Aus der Entwicklung der

Kreditgeschäfte leitet die CVP ab, dass sich die ZKB ihrer Verantwortung gegenüber KMU im Wirtschaftsraum Zürich bewusst ist. Vor allem in konjunkturell schwierigen Zeiten hätte eine Strategie in die andere Richtung fatale Folgen. Der enorme Zufluss von Neugeldern von 16,4 Milliarden Franken zeigt, dass die ZKB als Staatsbank mit Triple-A-Gütesiegel in diesem schwierigen Marktumfeld ein grosses Vertrauen genießt. Oder anders gesagt: Manchmal ist bei Gewinnoptimierung – langfristig gesehen – weniger mehr!

Verbunden mit einem Dank an alle Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2008 beantragt die CVP dem Rat, die Rechnung und den Geschäftsbericht zu genehmigen und dem Bankrat die Décharge zu erteilen.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Im gegenwärtigen Kontext der Finanzmärkte können wir dankbar sein, dass wir eine grundsolide Kantonalbank haben. Ein Blick auf die deutschen Landesbanken zeigt, was das bedeutet. Mit den Fragen über eine Privatisierung werden wir uns für eine gewisse Zeit nicht mehr beschäftigen müssen. Auch Staatsgarantien sind voll en vogue, die ganze Welt ruft nach der rettenden Hand des Staates.

Die jetzige Situation birgt aber Gefahren in sich: Einerseits wächst eine ungesunde Staatsgläubigkeit – der Staat kann ja alles richten, wenn man ihm die nötigen Instrumente in die Hand gibt –, andererseits keimt in staatsnahen und staatlichen Betrieben eine Überlegenheitskultur, die jeglicher Berechtigung entbehrt. Die ZKB als solide Bank hat im Berichtsjahr enorm vom Sicherheitsbedürfnis der Menschen profitiert. Es sind ihr nicht nur umfangreiche Mittel zugeflossen, sie ist dank ihrer Finanzkraft auch ein noch verlässlicherer und potenterer Partner für die Unternehmenswelt geworden. In diesem Zusammenhang scheint es von enormer Wichtigkeit, dass die forcierte Erschliessung neuer Geschäftsfelder risikobewusst und mit einem starken Fokus auf die Nachhaltigkeit in Angriff genommen wird.

Als eine von wenigen grossen Banken hat die ZKB im Jahr 2008 ein ansprechendes Resultat erwirtschaftet. So können Staat und Gemeinden, wie bereits gehört, wiederum einen hohen Ausschüttungsbetrag erhalten. Im Gegensatz zu andern Bankinstituten scheint die ZKB das Risiko ihrer Bilanzpositionen unter Kontrolle zu haben. Die ZKB ist auch hervorragend mit Eigenmitteln ausgestattet und kann daher, unabhängig der jährlichen Gewinnschwankungen, die Ausschüttungen

innerhalb einer gewissen Bandbreite halten, was natürlich die Budgetverantwortlichen in Staat und Gemeinden freut.

Was die ZKB hier vorlegt, das ist wirkliche Nachhaltigkeit, echte ökonomische Nachhaltigkeit, bei der die ökologischen und soziologischen Aspekte, wie sie im Leistungsauftrag gefordert sind, nicht zu kurz kommen. Die Welt muss zurzeit schmerzlich erfahren, dass eine Finanzwelt ohne vernünftigen Bezug zur realen Wirtschaft zum Scheitern verurteilt ist. Die Frage lautet aber nicht «Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?». Diese Frage hat die Geschichte schon längst beantwortet. Das freie Unternehmertum muss nicht generell an die Kandare genommen werden, sondern der Einsatz komplexer und fragwürdiger Finanzprodukte muss geregelt und überwacht werden. Auch die ZKB braucht ihren unternehmerischen Spielraum und darf nicht von klein-karierten Politikern stranguliert werden. Die ZKB ist sich bewusst, dass sie die IT- und die Personalkosten vermehrt unter Kontrolle halten muss. Wir sind aber auch froh, dass die ZKB einer grossen Anzahl Lernenden einen Ausbildungsplatz bietet und sie nach der Lehre nicht auf die Strasse setzt.

Ich möchte den verantwortlichen Organen des Bankrates und der Geschäftsleitung danken für die verantwortungsbewusste und weitsichtige Führung, aber auch allen andern Mitarbeitenden unserer Kantonalbank gebührt ein grosser Dank für den erfolgreichen Einsatz. Die EVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB zu genehmigen.

Heinz Kyburz (EDU, Oetwil a.S.): Auch die EDU schliesst sich den lobenden Worten an. ZKB – oder «Zunehmende Kantonsrätliche Bewunderung» – erscheint uns ein angemessenes Kompliment für den Kurs, den die ZKB auch im vergangenen Jahr eingehalten hat. Den Kurs beibehalten, keine Maximalrenditen, keine nicht kalkulierbaren Risiken und keine unnötigen internationalen Verflechtungen soll auch künftig die Devise der ZKB sein. Profilierung vor Ort, kantons- und vielleicht auch landesweit, ist der Situation und dem Leistungsauftrag der ZKB angemessen. «Die nahe Bank» soll nicht nur ein vertrauensbildender Slogan, sondern auch Leitmotiv für die ZKB bleiben. Als selbstständige Anstalt zwar unter der Obhut des Staates, aber nicht wie die eigenen Staatsbetriebe dem Spardiktat oder der Parteienwillkür ausgeliefert, hat die ZKB auch politisch eine gute Position, die hier den nötigen unternehmerischen Handlungsspielraum gewährt,

jedoch ihrer Tätigkeit auch Grenzen setzt. Der Staat fordert nicht wie die Privatwirtschaft Gewinnoptimierung um jeden Preis, sondern umsichtiges unternehmerisches Handeln, dessen Erfolg nicht nur der ZKB, sondern durch die Gewinnausschüttung auch wieder dem Staatsbürger zufließen soll. Wir erwarten von der ZKB ein ethisches, wertorientiertes und verantwortungsvolles Handeln, das diesen Ansprüchen gerecht wird.

Mit Genugtuung haben wir auch zur Kenntnis genommen, dass sich die ZKB im Zusammenhang mit der Sulzer-Affäre von denjenigen Personen getrennt hat, welche sich nicht korrekt verhalten haben. Wir finden es auch richtig, dass die ZKB auf freiwilliger Basis dem Prinzip der Nachhaltigkeit einen besonderen Stellenwert einräumt, wobei aufgrund des Kernauftrags der ZKB sowohl die ökonomische Nachhaltigkeit wie auch die soziale Nachhaltigkeit gegenüber der ökologischen Nachhaltigkeit klar Priorität haben müssen. Von besonderer Bedeutung ist der Schutz wirtschaftlicher Ressourcen vor der Ausbeutung durch Spekulanten, Oligarchen oder fremde Staaten.

Wir danken der Leitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZKB für ihre sehr gute Leistung in einem schwierigen Umfeld und unterstützen den auf die nationale Ebene begrenzten Wachstumskurs. Besonders möchten wir der ZKB erneut auch ihren vorbildlichen Einsatz in der Nachwuchsförderung mit insgesamt 326 Lernenden verdanken. Die EDU beantragt die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts 2008 sowie die Verwendung des Gewinns der ZKB gemäss Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen. Danke.

Rahel Walz (GLP, Thalwil): Die ZKB zeigt in Anbetracht der Wirtschaftslage ein gutes Resultat 2008. Dafür möchten wir den Verantwortlichen der ZKB und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gratulieren und herzlich danken. Die Zeiten sind turbulent und das bedachte Vorgehen der ZKB hat sich trotz Sulzer-Affäre bewährt. Heidi Bucher und meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es beschrieben: Eigenkapitalquote, Kommunikation, Strategie sind heute gut und mittlerweile solide gesetzt.

Gleichwohl zwei Anmerkungen: Den Grünliberalen ist es nicht verständlich, warum die ZKB respektive der Bankrat nicht selbst dafür plädiert, Nachhaltigkeit auch im ausserkantonalen und im internationalen Geschäft als Leitplanke zu haben. Es gäbe die Freiheit, anhand

eines festen Auswahlverfahrens auch international bedacht und langfristig denkend zu agieren, stressfrei und mit Köpfchen. Doch wir werden diesen Punkt ja noch diskutieren. Auch ungelöst ist für die GLP die Frage der Staatsgarantie in Anbetracht der neuen Grösse der ZKB. Hier werden wir in den nächsten Jahren kreative Lösungen finden müssen. Auch wenn die ZKB zurzeit in Anbetracht der Krise gut dasteht: Jede Unternehmung hat immer wieder Zeiten der Krise. Und dafür wollen und müssen wir auch bei der ZKB gewappnet sein.

Trotz diesen zwei Bedenken gratuliert die GLP der ZKB für ihre Leistung 2008 und ist natürlich für die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts 2008.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich möchte unserer ZKB, dem Bankratspräsidenten und seinem Team und den Mitarbeitern zu dem recht guten Ergebnis, das in einem schwierigen Umfeld erzielt worden ist, herzlich gratulieren und auch danken. Denn unsere ZKB – das haben wir jetzt vielfach gehört – hat eine recht grosse wirtschaftliche Bedeutung in unserer Region, besonders wenn man die Ausschüttungen hört. Aber sie hat auch Arbeitsplätze geschaffen und zahlt dafür Löhne, die mehr sind als 700 Millionen Franken. Damit dürfen wir froh sein um unsere Bank. Wir dürfen aber auch froh sein über deren rechtlichen Status. Was wäre nämlich passiert, wenn man sie – wie soll ich dem sagen? – in einer so fein-, frei- oder sinnigen Absicht verstaatlicht hätte und diese Bank umgetrimmt, verkauft, globalisiert und die UBS zum Vorbild hätte nehmen lassen? Was wäre passiert mit unserem Bijou, mit unserer schönen Bank, die uns so viel bedeutet? Das ist uns zum Glück erspart geblieben.

Erfreulich ist, wie die ZKB in der freien Marktwirtschaft, auch wenn sie staatliche Garantie hat, dazu gehören kann. Es ist ja das Volk, das dahinter steht, das verlangt, dass eine Dienstleistung erbracht wird. Nun stehen wir aber noch vor bestimmten Schwierigkeiten – nicht die ZKB, aber doch unser Bankenplatz. Da macht sich unter anderem an der Universität Sankt Gallen, die ich sehr gut kenne und von der ich heute sehr enttäuscht bin, ein Spezialist (*Ulrich Thielemann*) bemerkbar. Er ist ein Ethiker, der uns vorschreiben will, wie das Ganze gestaltet sein soll. Nun, das Wort Ethik hat eine breite Basis. Wer da etwas nachforscht, was das für eine Ethik ist, kommt drauf, dass das an sich eine rein philosophische Angelegenheit ist. Im Weiteren ist es eine atheistische Angelegenheit, was da zusammengestiefelt wird von

diesem Herrn Thielemann, der da gross ausruft und uns schlechtmachen will, auch unser Bankensystem. Und da müssen wir sagen: Diesen Mann müsste man eigentlich heim in sein Steinbrück-Land (*Peer Steinbrück, deutscher Bundesfinanzminister*) schicken. Der kann helfen, damit dort noch mehr Kartelle gemacht werden, Kartelle natürlich im Steuersystem, damit das Land dann vielleicht sogar zugrunde gehen kann. Wir können das nicht mittragen, wir brauchen die freie Marktwirtschaft. Wir brauchen den Wettbewerb, der sich bewährt hat. Das ist das beste System, das müssen wir immer wieder sagen. Die Planwirtschaft ist längst erledigt und es hat jetzt keinen Sinn, dass man da zurückgreift.

Wer das Ganze sorgfältig analysiert hat, weiss, dass die Bankenkrise ausgebrochen ist durch die Fehlhaltung von Grossbanken, die die falschen Produkte verkauft haben. Mehr muss man dazu nicht sagen. Es ist natürlich ein Problem im Marketing: Man schafft neue Produkte und dann möchte man sie gut verkaufen. Dann ist der erste Grund, dass man dem Produkt mal die Vergleichbarkeit wegnimmt, damit das Produkt nicht transparent ist. Damit hat man eine höhere Marge und damit auch einen besseren Preis und damit auch mehr Verdienst. Und dann resultieren halt eben die Boni, weil man einen fertigen Mist verkauft hat. Und das muss man sich bewusst sein. Das führt uns dann aber doch zu einer Ethik. Und da können wir sagen, dass wir eine langjährige Tradition haben. Wir dürfen uns durchaus auf die christliche Ethik stützen, wo man sagt: Ein Geschäftsmann wird ja nie jemanden anders reinlegen. Und das ist eigentlich das Credo für unsere Schweizer Bank. Das Mahnmal für diese Ethik finden Sie zwischen hier und – wenn man das mal so sagen darf – dem Hauptsitz der ZKB. Es ist der Herr Ulrich Zwingli, der da hinter der Wasserkirche thront und schon früh bewirkt hat, dass die Zürcher eben eine Ethik umsetzen.

Das waren eigentlich die Gedanken, die ich hier kurz einbringen möchte, wo wir die Schwerpunkte legen müssen. Banken können und müssen in einem bestimmten Rahmen reguliert sein, aber wir brauchen auch künftig für unsere ZKB die freie Marktwirtschaft und den Wettbewerb, den Wettbewerb nicht nur für die Banken, damit Leistungen erbracht werden, sondern selbstverständlich auch für die Steuern, damit es durch den Steuerwettbewerb einen gesunden Staat gibt, der eben dazu beiträgt, dass unsere Wirtschaft funktioniert. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Urs Oberholzer, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank:

Ich danke Ihnen namens des Bankrates, des Präsidiums, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZKB für die positive Würdigung des Geschäftsabschlusses und des Jahresberichts der ZKB für das Jahr 2008 und der damit verbundenen Leistungen. Es ist im Prinzip alles gesagt worden und angesichts der fortgeschrittenen Zeit kürze ich etwas ab.

Das Ergebnis ist ja ausführlich im Geschäftsbericht kommuniziert und in den Berichten des Bankrates und der AWU zusammenfassend dargestellt worden. Die Anträge des Bankrates und der AWU stimmen überein. Ihre Voten habe ich aufmerksam verfolgt und werde auf einige Punkte noch eingehen. Es ist uns aber auch klar, dass auch die ZKB sich ständig verbessern kann und wir dies auch wollen. Auch dass es bei einem so komplexen Geschäft in einer derartigen Finanzmarktsituation immer Fragen und andere Ansichten gibt, ist uns bewusst. In diesem Zusammenhang danke ich den Mitgliedern der AWU für die während des Jahres geführten Diskussionen, interessanten Fragen und positiven Anregungen. Auch aus unserer Sicht ist die Zusammenarbeit mit der AWU gut und von Vertrauen getragen. Ich möchte Stellung nehmen zu drei Punkten: Einerseits Wachstum, dann zum Kreditgeschäft, insbesondere den KMU, und zur Verfügung der Finma betreffend Sulzer.

Wachstum ist per se nichts Schlechtes. Wir streben ein Wachstum an, mit dem wir verantwortungsvoll und risikobewusst umgehen wollen.

Zum Kreditgeschäft: Die bewilligten Kreditlimiten haben bei der ZKB im Jahre 2008 um 3 Milliarden Franken oder 12,4 Prozent zugenommen. Das ist deutlich über dem schweizerischen Marktdurchschnitt von 7,2 Prozent. Die Kreditnutzungen sind sogar um 3,2 Milliarden Franken angestiegen. Die Kreditlimiten an KMU sind um 14,26 Prozent erhöht worden. Daraus wird ersichtlich, dass die ZKB bestrebt ist, den KMU trotz des konjunkturellen Abschwungs ausreichend Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Kreditrisiken sind konjunkturbedingt generell angestiegen, wobei exportorientierte Firmen oder als Zulieferer tätige KMU am stärksten betroffen sind. Mit Rücksicht auf die steigenden Kreditrisiken hat die ZKB schon im Jahresabschluss 2008 die Risikovorsorge durch Neubildung von Rückstellungen verstärkt. In Anbetracht der ungünstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist es wichtig, dass die Kreditpolitik der ZKB auf Kontinuität ausgerichtet ist. In Schwierigkeiten geratene Firmen werden so weit wie möglich durchgezogen, sofern ihre Zu-

kunftschancen intakt sind. Die grössten Herausforderungen im Kreditgeschäft mit Unternehmungen stellen sich den Banken zurzeit bei der Bereitstellung grösserer Refinanzierungsprogramme. Hier ist die ZKB mit ihrem in den letzten Jahren aufgebauten Syndizierungs-Desk in der Lage, die Kräfte aller Kantonalbanken und der grösseren Regionalbanken zu bündeln. Als besonders wichtig betrachtet die ZKB im heutigen rezessiven Umfeld die Beibehaltung ihres Engagements zur Förderung von Firmen-Neugründungen, Unternehmensnachfolgeregelungen und Innovationsprojekten.

Zur Verfügung der Finma: Wie schon gesagt, hat die Finma im Jahr 2007 eine Untersuchung gegen die ZKB und zwei weitere Bankinstitute angeordnet. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stand der Verdacht der Verletzung von börsengesetzlichen Offenlegungsfristen. Mit Verfügung vom 22. Januar 2008, welche die Finma nicht veröffentlichte und die den Mitgliedern der AWU vertraulich abgegeben wurden, ist Folgendes festgehalten: Es liegt keine Verletzung der Meldepflicht nach Artikel 20 des Banken- und Effektenhändlergesetzes vor. Es sind keine zusätzlichen personellen Konsequenzen notwendig. Es müssen aufgrund der von der ZKB getroffenen Massnahmen keine weiteren organisatorischen Anordnungen vorgenommen werden und es sind keine weiteren Abklärungen und Prüfungen notwendig. Negativ fällt stark ins Gewicht, dass die ZKB aufsichtsrechtliche Pflichten in schwerwiegender Weise verletzt hat. Wörtlich steht dazu in der Verfügung Folgendes, wobei ich die aufgeführten Gesetzesbestimmungen weglasse – ich zitiere: «Die ZKB hat durch die Vornahme der monierten Geschäfte mit Ronny Pecik die Anforderungen an eine einwandfreie Geschäftstätigkeit gemäss Börsen- und Effektenhändlergesetz verletzt, wiederholt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen einer angemessenen Verwaltungs- und Betriebsorganisation verletzt, gegen die aufsichtsrechtlichen Anforderungen verstossen sowie wiederholt interne Reglemente verletzt. Insgesamt ist festzustellen, dass die ZKB damit ihre aufsichtsrechtlichen Pflichten in schwerwiegender Weise verletzte.» Und weiter steht wörtlich im Bericht: «Die im vorliegenden Fall verantwortlichen, direkt involvierten Personen haben die Bank zwischenzeitlich alle verlassen. Dies gilt namentlich für die involvierten Organe Hans Vögeli und Hans Fischer. Insofern sind die Geschäftsleitung sowie das Bankpräsidium und der Bankrat der ZKB nun ausschliesslich mit Personen besetzt, welche keine persönliche Verantwortung für die festgestellten Missstände tragen. Die Anordnung personeller Massnahmen erübrigt sich.» Die Verfügung ist am

13. Februar 2009 rechtskräftig geworden. Die Untersuchung im Fall Sulzer ist mit dieser Verfügung für die ZKB abgeschlossen. Die Untersuchung der beiden andern involvierten Finanzinstitute geht indes noch weiter. Wir bedauern das Vorgefallene, das zu dieser Untersuchung geführt hat. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass wir die notwendigen Lehren gezogen haben – und das hat auch die Finma festgestellt – und wir haben dies auch schon unter Beweis gestellt. Auch wir sind uns alle bewusst, dass ein Fall Sulzer nicht mehr passieren darf.

Und wie sieht das laufende Geschäftsjahr aus? Der ZKB ist im ersten Quartal ein guter Start gelungen. Das Gesamtergebnis liegt deutlich über den budgetierten Werten, und dazu hat auch der Handel beigetragen. Kostenseitig beginnt die verlangte Disziplin Früchte zu tragen. Obwohl wir nach drei Monaten über den Vorsprung auf den Jahresplan glücklich sind, bleiben die kurz- und mittelfristigen Aussichten unsicher. Wir sind jedoch auch zuversichtlich, die Vielzahl von Chancen nutzen zu können.

Abschliessend empfehle ich Ihnen, dem Antrag des Bankrates beziehungsweise dem gleichlautenden Antrag der AWU zuzustimmen, Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2008 zu genehmigen, die Gewinnverwendung zur Kenntnis zu nehmen und den Bankorganen für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen. Ich danke Ihnen.

Detailberatung des Berichts der AWU

1. Bericht

2. Geschäftsabschluss 2008

3. Leistungsauftrag 2008

4. Finma-Verfügung in Sachen Sulzer

5. Risikoorganisation

6. ZuVa und IT-Projekte

7. Abschliessende Bemerkungen

8. Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Wird das Wort zum Geschäftsbericht der ZKB gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann werden wir das Dispositiv der Vorlage beraten.

Titel und Ingress

I., II., III., IV. und V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 160 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Antrag der AWU gemäss Vorlage 77a/2009 zuzustimmen und die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB für das Jahr 2008 zu genehmigen.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Sie haben von der Gewinnverwendung Kenntnis genommen und den Bankorganen für das Jahr 2008 Entlastung erteilt.

Das Geschäft ist erledigt.

Gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden von CVP, EVP, FDP, GLP, Grünen/AL, SP und SVP zur Fraktionserklärung der EDU betreffend Euro-Pride 2009

Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil): Sehr spontan darf ich im Namen aller Fraktionsvorsitzenden zur Fraktionserklärung der EDU Stellung nehmen. Ich bitte Sie daher auch um Nachsicht: Diese Worte sind selbstverständlich nicht mit allen Kolleginnen und Kollegen in diesem Saal abgewogen, aber der Stossrichtung haben sämtliche Fraktionen – mit Ausnahme der EDU – zugestimmt.

Die EDU sagt, sie sei empört. Wir sind empört ob solcher Stellungen in diesem Saal! Auch wenn der Vertreter der EDU – und ich unterstütze das und danke dafür – nachher zu mir gekommen ist und gesagt hat, dieses Votum sei weder gegen meine Person noch gegen andere Personen gerichtet, sondern gegen eine nicht tolerierbare Le-

bensform, dann muss ich Ihnen sagen: Meine Herren der EDU, Sie haben in diesem Saal gelobt, die Verfassung des Landes und des Kantons Zürich zu schützen und zu wahren. In dieser Verfassung steht nicht nur das Verbot der Diskriminierung, es steht auch explizit das Recht dieser Lebensformen darin. Und Sie treten das mit Füßen und verletzen sehr viele Menschen in diesem Land, und das ist nicht akzeptierbar! Wir wollen solche verfassungswidrigen Voten in diesem Saal nicht mehr hören! Wir wollen auch alle – davon bin ich überzeugt – als gläubige Menschen, ob Christen oder andere Religionen, mit unserem eigenen Gott und Schöpfer von Ihnen nicht mehr hören, was wirklich die Lehre ist und was unser Herr uns sagt. Vielleicht verstehen wir manchmal unsere Bibel, unser Neues Testament mit der Menschenliebe, mit dem Verbot der Ausgrenzung ein bisschen anders als Sie.

Zuerst wollten wir keine Stellung dazu nehmen. Aber wenn Sie sich nochmals diese Fraktionserklärung zu Gemüte führen und diese lesen, dann stehen Ihnen die Haare zu Berge. Ich kann hier nur sagen: Wehret den Anfängen! Es gab Gesellschaften, die sich gegen solche Anfänge nicht gewehrt haben. Und wenn wir hier schweigen, sagen wir stillschweigend auch, dass wir weiterhin diesen Exzess zulassen und Sie immer weitergehen können mit solchen Voten.

Ich danke Ihnen, dass Sie mich haben sprechen lassen – auch in Ihrem Namen. Und ich bin überzeugt, dass dies ein klares, deutliches und notwendiges Zeichen gegenüber der gesamten Bevölkerung ist. (*Bravo-Rufe, Applaus.*)

Persönliche Erklärung von Stefan Dollenmeier, Rüti, zur Reaktion auf die Fraktionserklärung der EDU

Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti): Lieber Hans-Peter Portmann, wenn Sie Michael Welz richtig zugehört hätten, wüssten Sie, dass wir homosexuelle Menschen in keiner Weise verurteilen. Wir wehren uns einzig und allein gegen die Propagierung dieses Lebensstils. Die Gesellschaft ist daran – Sie und wir –, mehr oder weniger erfolgreich Nikotin, Alkohol und Drogenkonsum zu bekämpfen, (*grosse Unruhe im Saal*) weil wir – ja, ich muss schnell ausholen –, weil wir um die gesundheitlichen Risiken dieser Lebensart wissen. Sie alle kennen die offiziell anerkannte Studie über Homosexualität, die kürzlich veröffentlicht wurde. Sie wissen aus dieser Studie: Ganz unbestritten leiden diese Menschen überdurchschnittlich unter AIDS und anderen Ge-

schlechtskrankheiten, unter Depressionen. Sie sind vom Selbstmordrisiko behaftet und sie leiden mehr unter Drogenkonsum als andere Menschen. (*Protestrufe von allen Seiten*) Das stimmt, lesen Sie die entsprechende Studie! Ihr Lebensstil ist so gesundheitsgefährlich (*grosser Lärm im Saal*) – ja, hören Sie gut zu! –, dass sie vom Blutspenden ausgeschlossen sind. Das sind Tatsachen! Das ist so! (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Ich mache Sie alle darauf aufmerksam: Je nachdem, welches Ergebnis eine Studie möchte, so fällt die Studie oftmals auch aus. Ich bitte Sie, nicht religiöse Grundsätze auf diesem Parkett auszutragen, denn wie gesagt: Wir haben hier die Würde der Menschen zu achten und jedes soll nach seiner Fassung selig werden. Ich lasse keine weiteren Erklärungen zu diesem Thema mehr zu.

4. Änderung des Kantonalbankgesetzes

Antrag der ZKB-Spezialkommission vom 27. Februar 2009 zur Parlamentarischen Initiative von Esther Guyer

KR-Nr. [35a/2008](#)

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Präsident der ZKB-Spezialkommission: Im Namen der Spezialkommission ZKB beantrage ich Ihnen, nicht auf die Parlamentarische Initiative von Esther Guyer einzutreten.

Die PI von Esther Guyer verlangt weitgehende Änderungen in der Führungsstruktur der ZKB, indem das heutige dreiköpfige Bankpräsidium auf einen vollamtlichen Bankpräsidenten beziehungsweise eine Bankpräsidentin reduziert und damit der Bankrat von dreizehn auf elf Mitglieder verkleinert werden soll. Im Zuge dieser Umstrukturierung wären nicht nur die Aufgaben des Bankrates zu überdenken, sondern die Kompetenzordnung müsste umfassend angepasst werden. Es war schnell klar, dass es im Wesentlichen um die gleichen Anliegen ging wie bei der Spezialkommission im Jahr 2003, die damals zu relativ umfassenden Gesetzesänderungen führte, welche heute noch gültig sind. Unsere Spezialkommission hat sich deshalb nochmals mit den damaligen Argumenten und Begründungen vertraut gemacht. Für die Kommissionsmehrheit wurde rasch deutlich, dass sich die im Jahr

2003 beschlossenen neuen Strukturen bewährt haben. Die Fraktions-sprecherinnen und -sprecher werden Ihnen das Spektrum an Gründen für den Meinungsumschwung gegenüber der Debatte anlässlich der vorläufigen Unterstützung der PI von Esther Guyer in seiner ganzen Breite ausmalen können. Damals wurde die PI ja mit grosser Mehrheit vom Rat unterstützt.

Die Kommission kam demgegenüber nun zum Schluss, dass Bankpräsidium, Bankrat und Generaldirektion gut zusammenarbeiten und dass die Aufgaben und Kompetenzen klar genug definiert und abgegrenzt sind; dies nicht zuletzt auch aufgrund verschärfter Bestimmungen auf Bundesebene samt der entsprechenden Aufsicht durch die Bankkommission respektive Finma. Vergleicht man Kantonal- und private Geschäftsbanken, so stellt man nach Ansicht der Kommissionsmehrheit fest, dass sich die Einflussnahme der politisch breit abgestützten eigenständigen Organe Bankrat und Bankpräsidium offenbar mässigend auf den Risikoappetit der Bank ausgewirkt hat. Dies hat sich in der aktuellen Finanzkrise ausbezahlt, wie die relativ guten Geschäftsergebnisse zeigen. Die ZKB mit ihrer bewährten Struktur geniesst ganz offensichtlich ein riesiges Vertrauen in der Zürcher Bevölkerung. Angesichts der Vorgänge in der privaten Bankenwelt wäre es völlig unverständlich, wenn mit einer Gesetzesrevision ein Schritt in Richtung privatwirtschaftlicher Strukturen in der Kantonalbank gewagt würde. Und in diesem Sinn kann man sagen, dass auch der politische Risikoappetit seitens der Kommissionsmitglieder sehr gedämpft war. Die Kommission entschied sich schliesslich aufgrund der klaren Stellungnahme einer Mehrheit der Fraktionen, auf eine detaillierte Behandlung der beantragten Gesetzesänderungen und möglicher Varianten dazu zu verzichten. Gemäss dem Grundsatz «Never change a winning team» sieht sie keinen Grund mehr, auf die Parlamentarische Initiative von Esther Guyer einzutreten.

Aus Sicht der Kommissionsminderheit wäre jedoch genau jetzt der richtige Zeitpunkt, sich nochmals grundsätzliche Überlegungen zur Struktur der ZKB zu machen. Man hätte Zeit, sich vertieft mit diesen Fragen zu befassen, und würde nicht durch äussere negative Umstände zu kurzfristigen Entscheiden gedrängt. Die neuen Strukturen könnten ein paar Jahre erprobt werden, womit die sachlichen Voraussetzungen für eine fundierte Auseinandersetzung mit den Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Bankorgane gegeben wären. Für die Befürworter der PI von Esther Guyer sind sie längst nicht so klar geregelt, wie die Kommissionsmehrheit vorgibt. Diesbe-

züglich wären auch kritische Anmerkungen der Eidgenössischen Bankkommission miteinzubeziehen. Die Minderheit hätte auch nicht unbedingt am Wortlaut der PI von Esther Guyer festhalten wollen, sondern zum Beispiel die Stellung des Bankpräsidiums als eines eigenständigen Bankorgans einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Nachdem sich auch der Bankrat selber gegen das Anliegen der Initiantin ausgesprochen hatte, beschloss die Kommissionsmehrheit, an ihrem Antrag, nicht auf die PI von Esther Guyer einzutreten, festzuhalten. In diesem Sinne danken wir Ihnen für Ihre Unterstützung unseres Antrags.

Gestatten Sie mir am Schluss noch, dem Bankrat für den offenen Dialog und der Kommissionssekretärin Jacqueline Wegmann für die optimale Betreuung der Kommission und ihrer beiden Geschäfte im Namen der Kommission zu danken. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Minderheitsantrag von Esther Guyer, Barbara Angelsberger, Jean-Luc Cornaz, Ralf Margreiter und Rahel Walti:

I. Auf die Parlamentarische Initiative KR-Nr. 35/2008 von Esther Guyer wird eingetreten.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Das war wohl die – um es freundlich auszudrücken – bizarrste Kommissionsverhandlung, die ich in diesem Haus erlebt habe. Da wird eine PI gut überwiesen, grossartig gründet man eine Spezialkommission, nur um dann in der ersten Sitzung von der Machttallanz SP und SVP zu hören, dass man nicht einmal denkt, zu diskutieren. Die SVP als Mitunterzeichnerin kippt, kaum ist der ehemalige Fraktionschef und Mitunterzeichner Alfred Heer aus dem Haus – frei nach dem Motto: Ist die Katze aus dem Haus, tanzen die Mäuse. Alfred Heer nahm sich einige Wochen Zeit, bevor er die Light-Version unterschrieb. Er tat dies in der Haltung, dass die Diskussion um die Detailabstimmungen in der Kommissionsarbeit stattfinden soll; dies war auch meine Meinung. Aber es kam dann anders. Die Diskussion wurde schlicht und einfach verweigert.

Was wollen wir eigentlich? Der heutige Bankrat besteht aus zwei Organen, dem Dreierbankpräsidium und zehn «normalen» Bankräten. Die geforderte Reduktion auf ein Einerpräsidium hätte logischerweise zur Folge, dass die Kompetenzordnung des gesamten Bankrates angepasst werden müsste. Ein Präsident oder eine Präsidentin sollte einge-

bunden werden in den gesamten Bankrat und diesen präsidieren. Wir hätten dann an der Spitze noch ein Organ. Das führt zur Aufwertung des gesamten Bankrates. Was heute drei Leute machen, machen nachher dreizehn oder elf oder wie viele auch immer; über die Zahl hätte man dann diskutieren müssen. Damit wäre dann aber endlich Schluss mit der Zweiklassengesellschaft im Bankrat.

Eine langfristig erfolgreiche Unternehmung zu führen, erleichtert man, indem man eine sachgerechte Festlegung der Aufgaben, eine zweckmässige Strukturierung der obersten Leitungsorgane und der Kontrolle der Unternehmenseite einsetzt. Ziel wären die Aufsicht beim Bankrat, die operative Führung bei der Generaldirektion, die internen Revisionen beim Inspektorat und dann die Kontrolle bei der Revisionsstelle. Bei der ZKB finden wir ein Dickicht von Verantwortungs- und Kompetenzträgern. Das Dreierpräsidium nimmt sowohl operative als auch Aufsichtsfunktionen wahr, was dann zur Folge haben kann, dass es sich selber kontrolliert und beaufsichtigt. Zum Beispiel die Kreditkompetenz des Präsidiums ist schon lange umstritten und entspricht ganz klar nicht der «Best Practice». Der Präsident, das Präsidium ist für die Anstellung und Entlassung der Mitglieder der Direktion zuständig. Das sind einige hundert Leute! Da müssen sie viele Bewerbungen lesen, nehme ich an. Das gehört in jedem anderen Betrieb eindeutig zur Arbeit der Generaldirektion, die diese Leute ja auch beaufsichtigen sollte.

Der Bankrat arbeitet seit der letzten Gesetzesrevision in Ausschüssen. Das hat sich bewährt und ist heute ein weiterer Grund, um die Führungsstruktur zu vereinfachen. Klar ist festzuhalten: Die Zusammenfassung der beiden Organe würde den Gesamtbankrat stärken. Tut man dies nicht, zementiert man unnötige Defizite und Risiken, weil die beiden Organe nicht den gleichen Informationsstand haben. Wir können im Führungsorgan der drittgrössten Schweizer Bank keine Zweiklassenverantwortung haben. Die ganze Organisation ist schwerfällig und für die Herausforderungen der Zukunft nicht mehr geeignet. In der Stellungnahme der EBK – sie hiess damals noch so, die Eidgenössische Bankenkommission, heute Finma –, verfasst auf Anfrage der letzten kantonsrätlichen Reformkommission zum selben Thema, lesen wir, dass die bestehende Aufgabenteilung mit dem Gewaltentrennungsprinzip schlechthin unvereinbar sei. Seltsamerweise hat die EBK das Konstrukt aber trotzdem bewilligt. Heute würde sie das vielleicht eher nicht mehr tun, wurden doch im Sulzer-Verfahren schwerwiegende Führungs- und Aufsichtsmängel festgestellt. Es bleibt ein

«Tolggen», auch wenn die persönlich – persönlich! – Verantwortlichen alle entlassen wurden.

Trotz offensichtlichem Handlungsbedarf verweigern die SP und die SVP jegliche Diskussion und zementieren damit die heutige Pfründenwirtschaft. Ihnen liegen das eigene Hemd und die Parteikasse näher als das Wohl des Kantons, das sie sonst ja bei jeder Gelegenheit betonen. Wir wollen eine Bank, die den Menschen unseres Kantons nützt und nicht primär den politischen Parteien! Sie begründen ihre Diskussionsverweigerung damit, dass ja gar nichts passiert sei und daher absolut kein Handlungsbedarf bestehe. Daraus entnehme ich die Aufforderung, erst dann zu reagieren, wenn die Bank an die Wand gefahren ist. Da haben wir Grünen ein anderes parlamentarisches Verständnis: Wir warten nicht, bis etwas passiert. Wir fragen uns: Ist das Institut gut aufgestellt und handlungsfähig, wenn etwas passiert? Und da sehen wir Verbesserungspotenzial. Die SP betont immer wieder den politischen Einfluss, der bei einer ZKB, die dem Zürcher Volk gehört, zentral sei. Die politische Realität der Bevölkerung des Kantons bildet der Bankrat ab. Daran ändern wir ja gar nichts. Die SP wird auch nie müde, zu betonen, dass vor allem Banken mit vermeintlich starken Präsidenten scheitern. Das ist ja klar, andere gibt es ja gar nicht! Man muss sich dann allerdings bei diesen Banken schon fragen: Wo war in diesen Fällen der Verwaltungsrat, der ja die Gesamtverantwortung trug? In diese Situation wollen wir gar nicht erst kommen. Es geht hier nicht um zwei oder sechs Augen, es geht um 22 oder 26 Augen. Niemand will die Bank schwächen und unser Antrag ist kein Ausdruck des Misstrauens, sondern ein Einsatz in die Zukunftsfähigkeit der Bank. Am 11. Februar 2008, bei der Überweisung der PI, erklärte der SP-Vordenker Raphael Golta Folgendes – ich zitiere: «Die SP ist offen, über Anpassungen in den Strukturen der ZKB zu diskutieren, ohne Rücksicht auf parteipolitische oder persönliche Befindlichkeiten; dies aber erst dann, wenn die Untersuchung der EBK abgeschlossen ist und neue Wege zur Verankerung des Leistungsauftrages aufgegleist sind.» Nun, die EBK-Untersuchung ist abgeschlossen. Die ZKB muss die Kontrolle und die Aufsicht verbessern. Das hat sie getan. Einen Leistungsauftrag gibt es schon lange. Diese Bedingungen wären also erfüllt. Ich verstehe nicht, warum man sich trotzdem verweigert.

Für die SVP erklärte Theo Toggweiler – ich zitiere auch ihn: «Heute ist das Präsidium der Bank ein Organ. Und nachher, wenn das nur noch eine Person ist, ist das Präsidium integriert im Bankrat. Das

würde die Führung etwas erleichtern.» Gut gebrüllt, Löwe! Aber an der ersten Kommissionssitzung war das alles vergessen. Man krebste zurück und warf die guten Vorsätze zugunsten der Pfründen wieder weg.

Und zum Schluss: Es geht nicht um einen Schritt Richtung Privatisierung, wirklich nicht. Und es geht um keine Kritik an der heutigen Führung. Es geht nur um strukturelle Verbesserung, im Bewusstsein, dass alle Strukturdiskussionen nicht darüber hinweg täuschen dürfen, dass der Erfolg der ZKB vor allem daran liegen wird, dass fähige und unabhängige Leute in die Leitungsgremien gewählt wurden. Da mehrere Personen den Bankrat verlassen werden, sind wir in dieser Frage besonders gefordert. Es ist heute der richtige Zeitpunkt, um unsere Verantwortung als Vertretung des Volkes und damit der Eigner der ZKB eine zeitgemässe Führungsstruktur zu geben. Und ich bitte Sie daher um Eintreten. Danke.

Claudio Zanetti (SVP, Zollikon): Es geht ja jetzt hier in dieser Phase darum, zu entscheiden, ob wir überhaupt auf das Geschäft eintreten wollen oder nicht. Weshalb Ihnen eine Kommissionsmehrheit empfiehlt, nicht darauf einzutreten, wurde Ihnen vom Kommissionspräsidenten bereits ausgeführt. Ich kann mich also darauf beschränken, ein Missverständnis auszuräumen: Wir haben ja ein Communiqué verschickt in der Kommission, und in den Medien hiess es dann sogleich, die Kommission wolle nicht eintreten, weil die SVP gekippt sei. Also das ist natürlich völlig falsch! So schnell kippt die SVP nicht, auch wenn Sie das ab und zu gerne hätten. Wir sind also standfest. Wir haben diese PI seinerzeit unterstützt, weil wir gesagt haben: Wir wollen mal schauen, ob hier wirklich ein Handlungsbedarf besteht. Vielleicht gibt es eine bessere Lösung als diejenige, die wir haben. Wir haben auch aus diesem Grund ja dann eine Spezialkommission ins Leben gerufen. Aber schon sehr bald haben wir gesehen, dass es eigentlich keinen Grund gibt, an den Strukturen zu rütteln. Die Initianten waren nicht in der Lage, uns auf einen konkreten Fall hinzuweisen, wo die jetzige Struktur ursächlich für ein Problem gewesen wäre. Und so haben wir einfach gesehen: Es braucht keine neue Struktur. Wir können mit dieser ohne Probleme weiter funktionieren. Von einer Gesprächsverweigerung kann jedoch keine Rede sein. Diese Frage wurde intensiv erörtert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass kein Problem besteht. Also müssen wir auch kein Problem lösen.

Wir empfehlen Ihnen darum, gar nicht auf dieses Geschäft einzutreten. Und die SVP ist nicht gefallen, wir sind einfach gescheiter geworden. Daran wird uns auch in Zukunft niemand hindern, weder die Grünen noch die Medien.

Raphael Golta (SP, Zürich): Die SP ist nach wie vor für die Beibehaltung des Dreierpräsidiums der ZKB und lehnt die PI von Esther Guyer ab. Es freut mich sehr, Esther Guyer, dass Sie mein Votum aus der Überweisungsdebatte wieder ausgepackt haben. Es gefällt mir nach wie vor sehr gut und es stimmt auch nach wie vor, was ich damals gesagt habe. Bei der Frage der EBK hat Esther Guyer das vom Vordenker schön eingefügt, da erübrigt sich ein Kommentar meinerseits. Was die EBK-Untersuchung anbelangt, da ist es tatsächlich so, dass diese vorliegt und dass wir die Resultate der Untersuchung kennen und diese überhaupt keinen Anlass geben, an der Führungsspitze etwas zu verändern. Mit keinem einzigen Satz wird auf dieses Thema eingegangen. Ich habe auch bereits bei der Geschäftsberichtsdebatte ganz klargemacht: Der Fall Sulzer war ein Fehler, war ein grosser Fehler! Da bin ich absolut einverstanden. Inwieweit das jetzt mit der Führungsstruktur der Bank zu tun hat, entspringt Ihrer Fantasie; das hat keinen Zusammenhang.

Nun gut also, der Kanton Zürich betreibt seine Kantonalbank bekanntlich nicht als Finanzinvestment. Entsprechend ist aber auch ein bisschen eine andere Struktur, als dies bei einem normalen privaten Unternehmen der Fall wäre, das rein einfach Gewinne abwerfen soll. Unsere Bank hat den Zweck, zur Lösung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Kanton Zürich beizutragen. Die ZKB ist die Bank der Zürcher Bevölkerung für die Zürcher Bevölkerung. Dieser Zweck der ZKB, den wir einfach als Leistungsauftrag bezeichnen, erfüllt sich aber nicht von selber. Die Vertreterinnen und Vertreter der Politik müssen in den Gremien der ZKB, also insbesondere im Bankrat und im Bankpräsidium für die Umsetzung des Leistungsauftrages sorgen. Jetzt kommt die entscheidende Frage: Welche Rolle kommt dabei dem Bankpräsidium zu? Das Bankpräsidium ist eben, im Gegensatz zum Bankrat, Esther Guyer, sehr nahe am Tagesgeschäft und an der operativen Führung der Bank ausgerichtet. Das wollen wir auch so. Diese Nähe ist für die Umsetzung des Leistungsauftrages wichtig, ebenso die Organstellung. Dem Bankpräsidium kommt eben die Aufgabe zu, als politischer Fuss in der Tür der operativen Bankleitung zu wirken. Wir sind nach wie vor bemüht – wir haben entsprechende In-

puts auch Ihrer Fraktion schon gezeigt –, das Thema Leistungsauftrag zusätzlich zu verankern und zu stärken. Es gibt hier noch mehr zu tun. Das Gesetz ist toter Buchstabe, wenn wir nicht die entsprechenden Organe haben. Und genau dafür brauchen wir eben ein Bankpräsidium. Denn ein einzelner Bankpräsident mit entsprechendem fachlichen Hintergrund, wie Sie das in Ihrer PI schreiben, wird dieser Aufgabe kaum nachkommen. Ein Alleinpräsident wird primär der Vertreter der Bank und sicher nicht der Vertreter des Zürcher Volkes sein.

Aber es geht bei der Grösse des Bankpräsidiums nicht ausschliesslich um die Umsetzung des Leistungsauftrages. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Dreierpräsidium das Tagesgeschäft der Bank wesentlich kritischer hinterfragt, als dies eine Einzelperson tun würde. Das Dreierpräsidium ist also auch zentral zur Risikoüberwachung der Bank. Ein einzelner Präsident verbrüdet sich im alltäglichen Austausch sehr schnell einmal mit dem CEO. Anstelle eines Präsidenten und eines CEO – mit unterschiedlichen Rollen und Aufgaben – hätten wir sehr bald ein informelles Zweiergremium, welches das Amt von CEO und Präsident gewissermassen im Konkubinat ausleben würde. Dies wäre sehr zum Schaden der Gewaltenteilung, die Ihnen ja anscheinend so wichtig ist. Wer nun meint, der Bankrat werde diese Funktionen, also die Umsetzung des Leistungsauftrages und die Kontrolle, dann schon irgendwie übernehmen, unterliegt einer Illusion. Es braucht ein gut dotiertes Gremium, das nahe genug am Tagesgeschäft dran ist, um die Generaldirektion auf Trab zu halten. Wer das Dreierpräsidium der ZKB abschaffen will, der stärkt den CEO und sicher nicht den Bankrat. Wer das Dreierpräsidium abschaffen will, der schwächt den Leistungsauftrag und die kritische Überwachung der Banktätigkeit.

Beat Walti (FDP, Zollikon): Ich möchte kurz auf Claudio Zanetti replizieren. Zur wortreichen Erklärung, die er uns hier gegeben hat, weshalb es zu dieser Spitzkehre bei Vollgas in der SVP-Fraktion gekommen ist: Da muss ich wirklich sagen, Claudio Zanetti, solche Statements finde ich nur peinlich! Mal zu sehen, ob es gute Gründe gibt für eine einfach beschreibbare strukturelle Veränderung, die wir schon x-fach diskutiert haben, ist alles andere als glaubwürdig. Sie hätten Ihre Fraktionsmitglieder befragen können, die bei der letzten Strukturrevision zirka 2003 dabei waren, als wir sehr viele Optionen diskutiert hatten. Der Experte der damaligen Spezialkommission, die vom heutigen Bankrat Fredi Binder präsiert wurde, war Hans Geiger. Der

steht Ihnen wahrscheinlich auch nicht allzu fern. Dort hätten Sie alle Informationen mit einem fünfminütigen Telefonat einholen können, dann hätten Sie uns diese Übung hier ersparen können.

Ich sehe, ehrlich gesagt, zwei Möglichkeiten, wie es zu diesem Meinungsumschwung gekommen ist, also zu dieser bizarren Situation: Entweder hat sich Fredi Heer (*Alfred Heer*) von Esther Guyer auf irgendeine Art tatsächlich vom Anliegen überzeugen lassen oder dann wollten Sie einfach ein bisschen von der allgemeinen Aufregung aufgrund der damaligen Umstände, die ja bereits beschrieben wurden, profitieren. Ich vermute, es war Letzteres. Ob dies klug war, können Sie selber entscheiden.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): Die CVP hat sich in den vergangenen Jahren mehrmals intensiv mit der Führungsstruktur der ZKB auseinandergesetzt. Verschiedene Modelle wurden mit Fachexperten diskutiert. Dazu gehörten auch eine allfällige Teilprivatisierung oder eine volle Privatisierung der Bank und das damit verbundene Wegfallen der Staatsgarantie. Es ist Ihnen bekannt, dass die CVP sich vermehrt für ein Einerpräsidium im Bankrat stark gemacht hat. Ein Einerpräsidium wäre durchaus möglich. Bei dessen Einführung müssten die Aufgaben und die Verantwortlichkeiten des Bankrates und des Bankratspräsidiums vollumfänglich überarbeitet und an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Eine ausgewogene Kompetenzenverteilung und klar zugeordnete Verantwortungsbereiche für den Bankrat und das Bankpräsidium müssten aus dieser Überarbeitung resultieren. Der Vorstoss von Esther Guyer ging in diese Richtung, nur war leider der Vorstoss in seiner Art relativ schwach. Vor allem die Kompetenzregelung hätte zur Folge gehabt, dass der Bankrat geschwächt worden und das Bankpräsidium in eine Übermacht getreten wäre.

Die ZKB ist eine Staatsbank. Der Leistungsauftrag wird durch dieses Parlament definiert. Die politische Einflussnahme ist demzufolge hoch einzustufen. Mit einem Bankratspräsidium mit grosser Machtkonzentration, bezogen auf eine Person, und einem Bankrat mit wenig Kompetenz ist eine solche politische Einflussnahme unmöglich. Du kannst den Kopf schütteln, Esther Guyer, aber leider hast du es nicht fertiggebracht, einen Vorschlag zu bringen, der diese Kompetenzen klar und deutlich für eine zukunftsgerichtete Version geregelt hätte.

Aus diesen Gründen lehnt sich die CVP der Mehrheit der Spezialkommission an und beschliesst Nichteintreten auf den Vorschlag von Esther Guyer.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Die Organisationsstruktur der ZKB hat sich gerade in diesen turbulenten Zeiten der Finanzmarktkrise mehr als bewährt. Eine Kommissionsminderheit meint, das Bankpräsidium müsste völlig aus dem operativen Geschäft herausgelöst werden. Gerade dieses kompetente Dreiergremium hat aber die notwendige Nähe zur Geschäftsleitung, um allfällige Fehlentwicklungen frühzeitig wahrnehmen zu können; hier bin ich für einmal mit Raphael Golta einverstanden.

Eine Professionalisierung oder Entpolitisierung des Bankrates wird auch gefordert von der Minderheit der Kommission. Sie ist keinesfalls ein Garant für eine Verbesserung der Corporate Governance bei der ZKB, im Gegenteil: Die Finanzmarktkrise zeigt, dass hochdekorierte Akademiker frischfröhlich ein Geschäft betrieben, das zum vornherein dem Niedergang geweiht war. Gesunder Menschenverstand – und den haben ja alle Politiker – führt oft weiter als die Borniertheit von Fachidioten. Die ZKB ist gut geführt und braucht keinerlei Veränderungen in der Organisationsstruktur.

Wie die Kommissionsmehrheit beantragt auch die EVP-Fraktion, nicht auf die PI von Esther Guyer einzutreten.

Rahel Walz (GLP, Thalwil): Die geballte unheilige Kraft von SP und SVP hat nach wenigen Sitzungen in der Spezialkommission Nichteintreten auf die PI von Esther Guyer entschieden. Ein Gegenvorschlag konnte nicht erarbeitet werden. Sowohl SVP wie SP behaupten, diese Haltung hätte natürlich gar nichts damit zu tun, dass sie zwei der drei Personen im Bankpräsidium stellen, die wohl gute Abgaben in die Parteikasse liefern. Stattdessen wollen sie uns weismachen, sie seien aufgrund rein sachlicher Überlegungen davon überzeugt, dass die jetzige Organisation die beste sei und es deshalb keine Änderungen brauche. Solange im Bankpräsidium der ZKB Personen sitzen, die zu den stärksten Fraktionen hier im Kantonsrat gehören, solange wird der Kantonsrat nicht fähig sein, tatsächlich und glaubwürdig nach der besten Organisationsform der ZKB-Führung zu suchen. Und liebe SVP und SP, ich fordere euch deshalb auf: Gebt die Parteiabgaben, die ihr von eurer Vertretung im Bankpräsidium erhält, ab. Wenn ihr dann

noch immer findet, die jetzige Form sei die bestmögliche Organisation, dann seid ihr glaubwürdig. Die ZKB ist zu gross und zu wichtig für den Kanton Zürich, als dass auch nur der Verdacht aufkommen darf, dass die grossen Fraktionen damit finanzielle Pfründchensicherung betreiben.

Die Grünliberalen glauben auch genau aus dieser Anreizproblematik heraus nicht, dass die jetzige Organisationsform der ZKB-Führung die bestmögliche ist, und wollen deshalb weiter, dass die Spezialkommission einen Gegenvorschlag zur PI von Esther Guyer erarbeitet.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a.A.): Um es kurz zu machen: Die EDU schliesst sich der Mehrheit der Spezialkommission an und empfiehlt, auf die PI nicht einzutreten. Dies gilt auch für das nachfolgende Geschäft bezüglich der Verankerung der Nachhaltigkeit. Danke.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Es wurden einige Dinge in die Diskussion eingebracht, die vielleicht nicht ganz so zutreffend sind oder vielleicht auch nicht ganz so als schlagende Argumente gelten können, wie sie gemeint waren.

Raphael Golta hat argumentiert, ein Dreierpräsidium würde sich kritischer mit der Geschäftstätigkeit der ZKB auseinandersetzen können als ein Einerpräsidium. Wenn man zählt, sind sechs Augen sicher arithmetisch mehr als zwei, insofern ist das richtig. Und es scheint auf den ersten Blick auch ein wahnsinnig einleuchtendes Argument zu sein. Nur vergisst Raphael Golta in diesem Zusammenhang, dass wir eben auch mit einem Dreierpräsidium Fälle wie Sulzer oder Ilisu und so weiter hatten, wo mindestens beim Ilisu klarerweise auch sechs Augen das Risiko und den drohenden Reputationsschaden nicht erkannt haben, jedenfalls in einem ersten Schritt nicht. Es ist aber nicht so, dass einfach eine Reduktion von drei auf eins stattfinden würde – wir «shrinken» (*schrumpfen*) hier einmal drei Personen und dampfen sie auf eine zusammen, und die ist dann etwas kompetenter –, sondern selbstverständlich geht es darum, dass auch die Kompetenzordnung neu geregelt werden muss, übrigens nicht nur zwischen Bankpräsidium und Bankrat. Es wäre sehr förderlich gewesen, man hätte diese Diskussion auf tun können, nicht zuletzt im Hinblick auf Risiken materieller und nichtmaterieller Art.

Das Argument, das Esther Guyer eingebracht hat, «Ende der Zweiklassengesellschaft im Bankrat», hat eben durchaus etwas für sich. Es

ist eine Verbreiterung der Kompetenzen und der Aufsichtsmöglichkeiten durch die Verbreiterung der Perspektiven. Und es ist natürlich keineswegs so, dass wir meinen, privatwirtschaftliche Strukturen seien nun das Mass aller Dinge, als Grund dafür, dass man die Struktur entpolitisieren soll. Das Gegenteil wäre der Fall mit der Aufhebung der Zweiklassengesellschaft. Der Kantonsrat als Wahlbehörde beziehungsweise die von ihm delegierten elf oder dreizehn Personen insgesamt würden als Gremium gestärkt.

Es ist ein seltenes Vergnügen, dass die SVP ihre Meinung ändert. Häufig kommt das ja eigentlich nicht vor. Und an sich würde ich das gern einmal in einem Zusammenhang sehen, wo man effektiv Lernfähigkeit attestieren könnte. Ich glaube allerdings, dass das heute in diesem Fall nicht so ist. Sie mögen sich erinnern, wir hatten die Wiederwahl von Bankpräsidium und Bankrat vor knapp zwei Jahren unter sehr schwierigen Bedingungen hier in diesem Rat. Ruedi Baumann vom Tages-Anzeiger hat damals schön getitelt: «Das verlegene Schweigen der SVP.» Fredi Heer war damals der einzige Fraktionspräsident, der sich zur ganzen Wahl und zur ganzen Sache nicht geäußert hat. Was Claudio Zanetti als Argument angebracht hat, warum die SVP nicht nur nicht gekippt sei, sondern schon von Anfang an eigentlich immer die Meinung vertreten habe, die dann auch diejenige der Kommission war, kann man eigentlich analog zu Ruedi Baumann etwas abgewandelt als «das verlegene ‹Schwurgeln› der SVP» bezeichnen. Das war eine sehr schwache Vorstellung in der Kommission und auch hier jetzt argumentativ.

Es gibt Gründe dafür, die Führungsstruktur zu überdenken. Die SVP und andere Fraktionen tun so, als hätte es nie Anlass gegeben, diese zu hinterfragen und anzupacken, und als würde auch heute noch kein Anlass bestehen. Wir Grünen sind entschieden anderer Meinung und bitten Sie, auf die Parlamentarische Initiative einzutreten und Sie dann definitiv zu unterstützen.

Jean-Luc Cornaz (FDP, Winkel): Der Kantonsrat hat die PI von Esther Guyer überwiesen und sehr ernst genommen, indem er dieses Geschäft einer Spezialkommission übertragen hat. Die Kommission hingegen hat nach wenigen Sitzungen Nichteintreten beschlossen. Diesen Entscheid finden wir falsch und unverständlich. Das Parlament sollte seine eigenen Instrumente nicht herabmindern, indem es nicht darauf eintritt. Eine PI, welche die Hürde für die vorläufige Unterstützung

genommen hat, sollte von der vorberatenden Kommission materiell behandelt werden. Als die PI eingereicht wurde, waren die schwierigen Bankenzeiten noch nicht absehbar. Aber auch schon damals war es der SVP und ihrem heutigen Nationalrat und SVP-Kantonalpräsidenten (*Alfred Heer*) als Erstunterzeichner klar, dass eine der wichtigsten unternehmerischen Aufgaben die kontinuierliche Überprüfung der Organisation auf die Zukunftstauglichkeit ist. Das weiss ein jeder, der selber etwas vom Unternehmertum versteht und sich täglich dementsprechenden Herausforderungen stellt. Aber wir erfahren wieder einmal deutlich, dass auf Worte nicht Taten folgen müssen. Die SVP will eine Wirtschaftspartei sein. Doch mit der Ablehnung dieses Geschäftes ist ihr gleichzeitig dieses unternehmerische Denken abhanden gekommen.

Froh sind wir, dass es in der SVP und SP besonnene Kräfte gibt, die verstehen, dass eine heutige Lagebeurteilung angezeigt ist. Diese besonnenen Kräfte wollen die Ist-Situation überdenken das Kantonalbankgesetz neu auf die zukünftigen Herausforderungen ausrichten. Wichtige Entwicklungen in der Bankenwelt erfordern eine neue Gewichtung. Erstens: In den letzten Jahren hat das Auslandsgeschäft der ZKB zugenommen. Die heutige Wirtschaftskrise zeigt jedoch, dass sich die Banken mit Staatsgarantien oder staatlichen Beteiligungen wieder vermehrt den Heimmärkten zuwenden, da dort die Risiken besser einzuschätzen sind. Zweitens: Die Anforderungen an die Bankratsmitglieder haben erheblich zugenommen. Diese müssen heute unabdingbar Fachleute sein. Drittens: Die Bedeutung der gegenseitigen Überwachung der Präsidiums-, Bankrats- und Geschäftsleitungsorgane wird zunehmen, professionelle Beziehungen unter den Organmitgliedern sind heute unabdingbar.

Die FDP will über diese PI und obige Überlegungen diskutieren können, nicht weil wir partout etwas verändern wollen, sondern weil wir Verantwortung übernehmen und unserer ZKB die besten Chancen für die Zukunft geben wollen. Wir, die FDP, stellen deshalb den Antrag, den Kommissionsentscheid auf Nichteintreten abzulehnen, das heisst auf die PI einzutreten und eine materielle Diskussion zu führen; Teile davon können wir sehr wohl unterstützen. Die PI in ihrer heutigen Form ist jedoch zu wenig ausgereift, wir würden sie ablehnen.

Raphael Golta (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ein paar Bemerkungen zu Voten. Von Ihrer Seite, Rahel Walti, haben Sie die un-

heilige Allianz von SP und SVP angesprochen. Ich verstehe das natürlich, dass Sie es als exklusiv ansehen, dass Sie mit jeder Fraktion in diesem Rat einmal gemeinsam stimmen können, Vorstösse machen können, Budgetanträge stellen können, und glauben, dass das Ihr Exklusivrecht ist. Und wenn Sie nicht einbezogen sind, dann ist das offensichtlich eine unheilige Allianz.

Zu Ralf Margreiter's Arithmetik zur Frage der Grösse des Präsidiums. Es ist natürlich so, dass sechs Augen nicht zwangsläufig mehr sehen als zwei Augen. Wenn aber diese sechs Augen aus drei verschiedenen Parteien stammen und diese Parteien sich durchaus gewohnt sind, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen und auch unterschiedliche Grundhaltungen vorhanden sind, dann kommt es tatsächlich zu Diskussionen. Und das ist etwas, bei dem Sie mit einem Banker vermutlich eher Schwierigkeiten haben, weil es da eine Déformation professionnelle gibt, die eher zum Zusammenhalt der Banker führt als zu etwas anderem. Ich habe bereits mehrfach gesagt: Sulzer und Ilisu waren Fehler. Ich frage mich einfach, ob Sie der Illusion nachhängen, dass Bankrat und Generaldirektion nie Fehler machen würden und dass einzig und allein das Bankpräsidium für solche zuständig sein könnte.

Jean-Luc Cornaz, Sie haben ein paar durchaus interessante Fragen angesprochen. Der Punkt ist einfach, dass sie grösstenteils nichts zu tun haben mit der PI von Esther Guyer. Die Frage der Kompetenz der Bankratsmitglieder und der Bankpräsidiumsmitglieder kann man jederzeit gerne diskutieren, das wäre auch ein Thema für die Interfraktionelle Konferenz. Das können Sie machen, hat aber nichts mit dieser PI zu tun. Sie haben selbst gesagt, Jean-Luc Cornaz – und ich glaube, das widerspiegelt die Diskussion in der Kommission –, dass letztlich zu wenig Substanz dran war an der PI selber, dass viele Punkte nicht ausgegoren waren. Das war genau der Grund, warum diese PI eine Sackgasse war in der Kommissionsberatung und dies auch bleibt.

Urs Oberholzer, Präsident des Bankrates der ZKB: Der Bankrat hat sich in seiner schriftlichen Stellungnahme zwar sehr kurz, dafür klar und unmissverständlich dahingehend geäußert, dass er die vorgeschlagene Änderung des Kantonalbankgesetzes als nicht notwendig erachtet. Der Bankrat ist der Meinung, dass die heute geltende, ausgewogene Organisation der Führung und Kontrolle sich bewährt hat.

Die zeitgerechte Information aller Bankratsmitglieder ist schon heute gewährleistet.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Esther Guyer hat den Antrag gestellt, auf die Vorlage einzutreten.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 115 : 54 (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag von Esther Guyer abzulehnen und gemäss Antrag der Spezialkommission auf die Parlamentarische Initiative 35/2008 nicht einzutreten.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips für alle Geschäftsbereiche im Gesetz über die Zürcher Kantonalbank

Antrag der ZKB-Spezialkommission vom 27. Februar 2009 zur Parlamentarischen Initiative von Heidi Bucher

KR-Nr. [202a/2007](#)

Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Präsident der ZKB-Spezialkommission:
Im Namen der Spezialkommission beantrage ich Ihnen, nicht auf die PI von Heidi Bucher einzutreten.

Unsere Spezialkommission hat sich von verschiedenen Vertretern der ZKB sehr umfassend darüber informieren lassen, wie die Bank den Begriff der Nachhaltigkeit interpretiert und wie sie ihn bereits lebt und umsetzt. In ihrer Stellungnahme zu dieser PI zeigt die ZKB anhand einiger Beispiele auf, in welchen Geschäftsbereichen sie nachhaltig agiert. Die ZKB respektive ihr Bankrat versteht Nachhaltigkeit als Teil ihres Leistungsauftrages. Dieser stützt sich auf Richtlinien, welche wir, der Kantonsrat, zuletzt im Jahr 2006 beschlossen haben, und verlangt von der Bank, sich für eine nachhaltige Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensraums Zürich einzusetzen. Damit dient die ZKB überdies auch ihren sonstigen Geschäftsinteressen, denn sie sichert so im weitesten Sinne den langfristigen Bestand der Bank. Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit ist somit das Prinzip der Nachhaltigkeit bei der ZKB bereits in vorbildlicher Weise – und dies seit längerer Zeit – verankert. Es bestehen in der Bundes- und Kantonsverfassung sowie im Kantonalbankgesetz dafür auch genügend verbindliche Grundlagen. Die Kommissionsmehrheit betrachtet es deshalb als unnötig, das Gesetz über die ZKB zu ergänzen, zumal es schwierig ist, allgemeine Grundsätze – und darum handelt es sich ja bei der vorgeschlagenen Änderung – per Gesetz einzuklagen.

Ein weiterer Grund für ihre Zurückhaltung, das ZKB-Gesetz im Sinne der Initiantinnen zu ändern, besteht in der Befürchtung der Kommissionsmehrheit darin, dass damit eine unfruchtbare und potenziell kontraproduktive Diskussion über den konkreten Grad der Nachhaltigkeit einzelner Produkte, einzelner Engagements oder gar einzelner Transaktionen der ZKB entfacht werden könnte. Sollte der Grundsatz der Nachhaltigkeit zu eng interpretiert werden, könnte dadurch die Konkurrenzfähigkeit der Bank beeinträchtigt werden. Denn das Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien ist im Einzelfall nicht immer einfach herzustellen. Die Kommissions-

mehrheit betrachtet das pragmatische Vorgehen der heutigen ZKB-Verantwortlichen jedenfalls als angemessen und effektiv.

Die Kommissionsminderheit sieht gerade in der Tatsache, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit bei der ZKB bereits so gut verankert ist, ein gutes Argument für eine Gesetzesänderung. Damit würde lediglich im Gesetz festgeschrieben, was in der Praxis bereits passiert. Ausserdem würde auf diese Weise auch das Nachhaltigkeitsprinzip selber nachhaltig, das heisst, damit würde ihm der Bestand in die Zukunft gesetzlich gesichert, indem es für die heutigen und die zukünftigen Mitarbeitenden der ZKB als verbindlicher Auftrag gelten würde und nicht im Rahmen ZKB-interner Anordnung ausser Kraft gesetzt werden könnte.

Die Kommissionsminderheit sieht in der Beschränkung des Leistungsauftrages und damit auch des Nachhaltigkeitsprinzips auf den Wirtschaftsraum Zürich eine Lücke im Gesetz, die es bei aller Anerkennung der heutigen Geschäftspraxis zu schliessen gelte. Im Übrigen meinen die Befürworter der PI von Heidi Bucher, dass in vielen Gesetzen allgemeine Grundsätze festgeschrieben sind, womit das Argument, der Grundsatz der Nachhaltigkeit sei nicht justiziabel und deshalb nicht in das ZKB-Gesetz aufzunehmen, nicht überzeugt. Wie beim Risikomanagement oder in Bezug auf die Umsetzung des Leistungsauftrages könnte die ZKB ein entsprechendes Nachhaltigkeits-Controlling aufbauen, um die Durchsetzung dieses Grundsatzes überwachen zu können. Die Kommissionsminderheit beantragt Ihnen deshalb Eintreten auf die PI von Heidi Bucher und die entsprechende Änderung in Paragraf 8 des ZKB-Gesetzes.

Trotz dieser Einwände einer substanziellen Kommissionsminderheit erachtet es die Kommissionsmehrheit als nicht opportun, den heutigen Handlungsspielraum der ZKB in Bezug auf das Nachhaltigkeitsprinzip im Gesetz genauer zu umschreiben. Sie beantragt Ihnen deshalb, auf die PI von Heidi Bucher nicht einzutreten, und dankt Ihnen für Ihre Unterstützung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Minderheitsantrag von Ralf Margreiter, Elisabeth Derisiotis, Raphael Golta, Esther Guyer, Ruedi Lais und Rahel Walti:

I. Auf die Parlamentarische Initiative KR-Nr. 202/2007 von Heidi Bucher wird eingetreten.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Schliessen Sie mit uns Grünen die Ilisu-Lücke im ZKB-Gesetz! Paragraf 4 der heutigen Richtlinien für die Erfüllung des Leistungsauftrages der ZKB beginnt folgendermassen: «Bei der Erfüllung des Leistungsauftrages beachtet die Zürcher Kantonalbank als Universalbank die Grundsätze der Nachhaltigkeit und der anerkannten Regeln des Risikomanagements.» Sie finden damit im Leistungsauftrag beziehungsweise in den Richtlinien zu seiner Umsetzung Nachhaltigkeit und Risikomanagement auf legislatorisch gleicher Stufe. Im ZKB-Gesetz fehlt die Analogie dazu. Dort finden Sie in Paragraf 8 Absatz 2 wohl das Risiko, aber keinen Absatz 3, der die Nachhaltigkeit explizit für die ganze Geschäftstätigkeit der Bank verankert.

Wohlverstanden, der Leistungsauftrag gilt für den Kanton beziehungsweise den Wirtschaftsraum Zürich. Die Geschäftstätigkeit der ZKB erstreckt sich weit darüber hinaus. Es geht uns mit unserer Parlamentarischen Initiative nicht nur um eine Frage der legislatorischen Kohärenz, es gibt auch konkrete Auslöser. Vor allem ein Fall hat hier auch zu öffentlicher Resonanz geführt. Aus diesem Grund nennen wir die bestehende Gesetzeslücke im ZKB-Gesetz auch Ilisu-Lücke.

Sie erinnern sich, Ende Mai 2007 wurde ein Problem öffentlich, nämlich ein heikles Türkei-Geschäft, die Beteiligung der ZKB an der Finanzierung des Ilisu-Staudammes im Rahmen einer schweizerischen Exportrisikogarantie. Mit dem Nachhaltigkeitsgrundsatz wäre dieses Engagement unter keinem Titel vereinbar gewesen. 11'000 Menschen verlieren dort ihre Häuser, 40'000 ihre Felder. Kulturgüter gehen bachab und ein Wasserkonflikt zwischen der Türkei und den Anrainerstaaten Syrien und Irak ist vorprogrammiert. Es ist also mit Nachhaltigkeit nicht vereinbar unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten, aber auch friedenspolitisch und kulturell nicht.

Der Tages-Anzeiger hat eine Umfrage bei vier damaligen Fraktionspräsidenten gemacht, zwei aus dem rot-grünen, zwei aus dem bürgerlichen Lager. Und es war einhellig die Meinung, das gehe nicht. Die Begründungen dafür waren leicht unterschiedlich, aber es war klar: Politisch fragwürdig, schadet der Reputation der ZKB – Njet! Das sah die Bank zunächst aber gar nicht so. Im Tages-Anzeiger vom 30. Mai 2007 lässt sich der ZKB-Sprecher Urs Ackermann zitieren: «Der Kredit für das Bauwerk werde ihren Ruf nicht lädieren. Schädlich wäre im Gegenteil, bei einem für die Schweizer Exportindustrie so wichtigen Projekt abseits zu stehen. Und ein solcher Entscheid wäre der Glaubwürdigkeit der ZKB als verlässlicher Partnerin der Exportwirtschaft

abträglich.» Gemeint ist also, auf dieses Geschäft zu verzichten. Und kurz danach, nochmals ein Zitat: Der Entscheid, sich über die Exportfinanzierung am Staudammprojekt Ilisu zu beteiligen, sei gefällt, sagt Sprecher Urs Ackermann. «Wir würden uns restlos unglaublich machen, wenn wir ihn wieder umstossen würden.»

Die ZKB – wir haben das vorhin gehört, wir haben das auch im Geschäftsbericht 2008 nachlesen können – tut vieles im Bereich der Nachhaltigkeit. Im Kanton Zürich tut sie das gemäss Leistungsauftrag, sie tut das aber auch ausserhalb. Die Nachhaltigkeit hat anerkanntermassen einen hohen Stellenwert in der Geschäftspolitik der ZKB. Darauf weist der Bankrat in seiner Stellungnahme zu dieser Parlamentarischen Initiative ausdrücklich und auch zu Recht hin. Dennoch, das Beispiel Ilisu und die Reaktionen darauf zeigen eben Handlungsbedarf. Offenbar hängen gewisse Entscheide und die Kommunikation dazu bei der ZKB mindestens teilweise halt doch etwas stark davon ab, woher der Wind gerade weht. Die Parlamentarische Initiative stärkt die Windrichtung. Sie sichert die Nachhaltigkeit verbindlich im ZKB-Gesetz – auch für kritische bankinterne Entscheide und wird daher auch konkrete Auswirkungen haben. Die Parlamentarische Initiative bedeutet im Wesentlichen die Festschreibung dessen, was die ZKB heute tut, und gleichzeitig die Stärkung und langfristige Sicherung auch für Fälle, in denen heute das Prinzip der Nachhaltigkeit noch nicht 100-prozentig gelebt wird. Wir verstehen dann nicht ganz, warum der Bankrat selbst diese Festschreibung nicht will.

Heute haben wir die Differenzierung nach Leistungsauftragsgebiet und Rest der Welt. Mit der Parlamentarischen Initiative können wir die Lücke, die zwischen diesen beiden Bereichen klafft, schliessen. Wir bitten Sie daher darum, der Parlamentarischen Initiative nach Eintreten zuzustimmen und den Begriff der Nachhaltigkeit auch im ZKB-Gesetz zu verankern. Besten Dank.

Elisabeth Derisiotis (SP, Zollikon): Die SP hat die Initiative mitunterzeichnet und unterstützt die beiden Minderheitsanträge auf Eintreten und definitive Unterstützung.

In unserer Kommissionsarbeit konnten wir feststellen, dass die ZKB heute dem Prinzip der Nachhaltigkeit weitgehend nachlebt, und zwar einem Prinzip, das in die Nachhaltigkeit nicht nur umweltbezogene, sondern auch ökonomische und soziale Nachhaltigkeit gleichwertig einschliesst. Das Commitment der ZKB ist eindrücklich und dem

Prinzip der Nachhaltigkeit wird mit dem Leistungsauftrag nachgelebt, so wie es die Richtlinien vorgeben. Wir denken da beispielsweise konkret an die Kooperation mit dem WWF und die daraus hervorgegangene Produktelinie zur Nachhaltigkeit für die Kundschaft oder die Integration der Nachhaltigkeit in internen Prozessen und Vorgaben wie beispielsweise Umwelt- und Sozialkriterien für Lieferanten.

Umso unverständlicher ist deshalb die vehemente Abwehr des Bankrates, dieses Prinzip im Gesetz zu verankern und damit nicht mehr auf den Leistungsauftrag und auf den Wirtschaftsraum Zürich zu beschränken. Diese Abwehr, die auch die Kommissionsmehrheit teilt, leuchtet nicht ein. In den Richtlinien heisst es im gleichen Satz, dass die ZKB als Universalbank die Grundsätze der Nachhaltigkeit und die anerkannten Regeln des Risikomanagements zu beachten hat; Ralf Margreiter hat schon darauf hingewiesen. Im Gesetz jedoch heisst es dann in den beiden Paragraphen 7 und 8, dass bei der Geschäftstätigkeit keine unverhältnismässigen Risiken eingegangen werden dürfen. Die Nachhaltigkeit kommt jedoch im Gesetz mit keinem einzigen Wort vor. Unseres Erachtens gibt es dafür keinen plausiblen Grund, wenn man es denn ernst meint mit der Nachhaltigkeit. Dann müssten analog der Richtlinien auch im Gesetz Risikomanagement und Nachhaltigkeit gleichwertig geregelt sein und für die gesamte Geschäftstätigkeit der ZKB gelten. Unsere PI will diese Lücke schliessen, und auch mein Vorredner Ralf Margreiter hat an verschiedenen Beispielen erläutert, dass dies notwendig ist. Das Argument der ZKB, dass Paragraph 6 der Kantonsverfassung Kanton und Gemeinden zur Nachhaltigkeit verpflichtet und die ZKB in diese Verpflichtung mit ihrer gesamten Geschäftstätigkeit eingeschlossen sei und eine gesetzliche Verankerung deshalb nicht mehr nötig sei, vermochte nicht zu überzeugen, ist es doch gerade so, dass die Verfassungsgrundsätze die Grundlage bilden für eine Präzisierung in den entsprechenden Gesetzen. Das wird, glaube ich, nicht nur hier, sondern überall so gehandhabt.

Aus diesem Grund halten wir an unserer PI fest, denn wir sind der Meinung, dass dieser Verfassungsgrundsatz sehr wohl in das Gesetz der ZKB gehört. Gerade weil die ZKB heute diese Nachhaltigkeit vorbildlich praktiziert, kann mit der Verankerung im Gesetz sichergestellt werden, dass diese zukunftsgerichtete Aufbauarbeit erhalten bleibt und weiterentwickelt wird, auch wenn später einmal andere Leute das Sagen haben werden. Die SP unterstützt deshalb die beiden Minderheitsanträge auf Eintreten und definitiv unterstützen.

Barbara Angelsberger (FDP, Urdorf): Die FDP lehnt die PI von Heidi Bucher, die Geschäftstätigkeit habe zwingend den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu entsprechen, ab. Eine solche Forderung kann die ZKB nicht umsetzen, weil sie sonst nicht nur verpflichtet würde, die eigenen Geschäfte auf deren Nachhaltigkeit zu prüfen, sondern auch die ihrer Kunden. Vergleichbar wäre das, wie wenn die Swisscom plötzlich für das am Telefon Gesagte ihrer Kunden verantwortlich gemacht würde. Bezüglich der Tätigkeiten der ZKB, welche sie selber bestimmt, ist die ZKB der Nachhaltigkeit schon im ZKB-Gesetz verpflichtet. Die Verpflichtung der Nachhaltigkeit ist schon heute auf alle Geschäftstätigkeiten der ZKB ausgedehnt, unabhängig von sachlichen und räumlichen Grenzen.

Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, AWU, lässt sich regelmässig über die Wahrnehmungen der Nachhaltigkeitsanstrengungen der ZKB informieren. Leistungsauftrag und Nachhaltigkeit sind auch integraler Bestandteil der Geschäftsberichterstattung der ZKB. Die ZKB bietet eine umfassende Produktelinie Nachhaltigkeit an, die den gemeinsamen Mehrwert für Kunden, Umwelt und Gesellschaft anstrebt. Die ZKB engagiert sich in Bereichen wie zum Beispiel Natur, Jugend, Kultur, Sport und Unternehmertum vielseitig für den Wirtschaftsraum Zürich und die Zürcherinnen und Zürcher. Auch in zahlreichen Organisationen setzt sich die ZKB für Nachhaltigkeit ein.

Deshalb kamen die FDP-Kommissionsmitglieder zu folgendem Schluss: Der eingeschlagene Weg der ZKB muss weiterverfolgt werden. Es ist aber keine Gesetzesanpassung zur Verstärkung der Nachhaltigkeit notwendig.

Andreas Federer (CVP, Thalwil): Schauen wir uns doch den Leistungsauftrag der ZKB nochmals an. Er beinhaltet drei Teile: Die Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen, die Unterstützung des Kantons Zürich bei seinen Aufgaben in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt und die Beachtung der Grundsätze der Nachhaltigkeit. Nachhaltiges Handeln heisst nicht nur für die ZKB, die beste Abwägung zwischen allen ökologischen und ökonomischen und sozialen Kriterien bei einem Geschäft zu finden. Wenn wir nun zum Leistungsauftrag zurückgehen, finden wir die Nachhaltigkeit im zweiten Teil des Leistungsauftrages, nämlich: Die Unterstützung des Kantons Zürich bei seinen Aufgaben in Wirtschaft – gleich Ökonomie –, Ge-

sellschaft – gleich Soziales –, und Umwelt – gleich Ökologie. Und im dritten Teil des Leistungsauftrages mit der allgemeinen Formulierung «Beachten der Grundsätze der Nachhaltigkeit». Dies sind klar definierte Vorgaben, an welche sich die Bank zu halten hat.

Die CVP spricht sich gegen eine Verankerung der Nachhaltigkeitsprinzipien im Kantonalkbankengesetz aus. Dies käme einer Überregulierung gleich und würde die Bank in ihrer operativen Tätigkeit zu stark einschränken. Die ZKB zeigt mit ihrem Handeln, dass sie sich bereits der Nachhaltigkeit verschrieben hat. Sie ist sich bewusst, dass auch soziale und ökologische Kriterien hoch gewichtet werden müssen und allein die Gewinnoptimierung zu einem guten Geschäftsergebnis führt. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit Reputationsrisiken haben dazu geführt, dass vor allem in jüngster Vergangenheit die Nachhaltigkeitsüberlegungen für Geschäftsentscheide einen grossen Stellenwert eingenommen haben. Aus diesen Gründen hat sich die CVP entschlossen, der Mehrheit der Spezialkommission zu folgen und auf den Vorstoss von Heidi Bucher nicht einzutreten.

Walter Schoch (EVP, Bauma): Für ein Unternehmen bedeutet Nachhaltigkeit, dass das Unternehmen an sich und vor allem sein Wert in Zukunft erhalten werden kann. Dafür braucht es stabile oder steigende Gewinne in der Zukunft. Nachhaltigkeit in Bezug auf die ZKB heisst also: Wir wollen die ZKB als Familiensilber des Kantons erhalten. Dies ist nur möglich, wenn die Bank in einem global geprägten Finanzmarkt den notwendigen unternehmerischen Freiraum geniesst. Selbstverständlich muss die ZKB in Bezug auf alle Stakeholder nachhaltig wirtschaften. Aber welche Bank macht das so eindrücklich und ausgeprägt wie die ZKB? Die ZKB erhält im Nachhaltigkeitsrating von neutraler Stelle Bestnoten. Der Begriff der Nachhaltigkeit ist aber im Umfeld des Bankgeschäftes nicht allgemein definiert, was eine entsprechende Kontrolle verunmöglicht. Zudem müsste die ZKB gewärtigen, gegen ihre Mitbewerber mit ungleichen Spiessen antreten zu müssen, was niemals im Interesse des Eigentümers, also der Zürcherinnen und Zürcher, sein kann.

In Punkt 7 seiner Stellungnahme legt der Bankrat unmissverständlich dar, warum das in der Bundes- und in der Kantonsverfassung verankerte Nachhaltigkeitsprinzip nicht in das ZKB-Gesetz gehört. Es würde nicht über die allgemeine Formulierung in der Verfassung hinaus führen und wäre im Einzelfall des Bankgeschäftes weder operabel

noch justiziabel. Mit der Verwirklichung dieser PI würde eine Verunsicherung in die Geschäftsstrategie und Produktentwicklung der Bank hineingetragen, die nicht abzusehen wäre. So etwas kann nur verlangen, wer den Wert der ZKB dezimieren will. Und das liegt wohl nicht in unserem Interesse. Die ZKB mit ihrer Grösse muss im freien Markt genügend unternehmerischen Spielraum geniessen.

Die EVP-Fraktion will, wie die Spezialkommission beantragt, nicht auf die Parlamentarische Initiative eintreten.

Rahel Walti (GLP, Thalwil): Der Leistungsausweis der ZKB zeigt, dass sich bedachtes Arbeiten im Bankenwesen lohnt. Sich der Nachhaltigkeit zu verpflichten, bedeutet nichts anderes, als dass man die Freiheit hat, ein vordergründig lukrativ aussehendes Geschäft ablehnen zu können, weil es sozial oder ökologisch nicht vertretbar oder finanziell mit zu hohen Risiken behaftet ist. Es bedeutet, dass man nicht den kurzfristigen Gewinn maximieren muss, sondern bei Investitionen die Münze zweimal drehen darf und sich differenzierte Gedanken zu anstehenden Geschäften macht. Für eine Bank mit Staatsgarantie ist dies das einzig richtige Vorgehen. Die ZKB muss nicht jeden Hype mitmachen. Die ZKB soll sagen können, dass sie gewisse Geschäfte nicht machen darf.

Aufgabe des Kantonsrates ist es, hier eine gute Definition von Nachhaltigkeit für die ZKB zu finden. Doch dies erfordert Arbeit, die die Spezialkommission nicht in Angriff nehmen wollte. Der Begriff wurde stattdessen ad absurdum geführt und dann für nicht handhabbar erklärt. Dies ist immer dann die beste Strategie, wenn man sich mit etwas nicht beschäftigen will.

Wir Grünliberalen unterstützen den Antrag der Minderheit vorläufig und wollen, dass eine gute, für die ZKB handhabbare Definition von Nachhaltigkeit gefunden wird, die das ausserkantonale und internationale Geschäft so begleitet, dass dieses bedacht und eben nachhaltig betrieben werden kann. Vergessen Sie bitte nicht: Die ZKB hat mittlerweile eine Bilanzsumme von 113 Milliarden Franken! Wenn hier wegen Unbedachtheit oder Übermut etwas schiefgeht, droht dem Kanton eine kaum bewältigbare Krise.

Urs Oberholzer, Präsident des Bankrates der ZKB: Der Bankrat hat sich ausführlich zu dieser Initiative geäussert und lehnt sie ab. Dies hat nichts mit Wind und Windrichtung zu tun, sondern aus folgendem

Grund: Die Zürcher Kantonalbank verpflichtet sich schon seit Jahren dem Grundsatz der Nachhaltigkeit und hat zahlreiche wertvolle Projekte umgesetzt. Sie berücksichtigt diesen Grundsatz in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit, unabhängig von sachlichen und räumlichen Grenzen. Sie versteht den Nachhaltigkeitsgrundsatz nicht nur im negativen Sinne als Unterlassung nicht nachhaltiger Aktivitäten, sondern auch als Verpflichtung zu positivem Tun. Wir haben das auch dargelegt, welche Verpflichtung wir aus der Bundesverfassung und aus der Kantonsverfassung haben.

Ausserdem haben wir kürzlich unser Leitbild aktualisiert und vereinfacht. Der Nachhaltigkeitsauftrag, den wir uns ja im Jahr 2005 als Teil des Leistungsauftrages selbst auferlegt haben, wurde darin wie folgt verankert: «Wir beachten bei unserer Geschäftstätigkeit im In- und Ausland die Grundsätze der Nachhaltigkeit».

Nachhaltigkeit ist nicht alles, aber ohne Nachhaltigkeit ist alles nichts. Dessen sind wir uns bewusst und deshalb beschreiten wir auch mit Überzeugung diesen Weg. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in der Schweiz die führende Bank im Bereich Nachhaltigkeit zu sein. Und ich versichere Ihnen, dass der Bankrat und die Generaldirektion sicherstellen werden, dass wir auf diesem Wege sukzessive voranschreiten. Das tun wir auch ohne allgemeine Formulierung im Kantonbankengesetz.

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Ich bitte Sie, sich nach der Abstimmung nicht gleich auf den Apéro zu stürzen, da wir heute noch zwei Rücktritte zu verlesen und zwei Personen zu verabschieden haben.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 106 : 61 (bei 1 Enthaltung), den Minderheitsantrag von Ralf Margreiter abzulehnen und gemäss Antrag der Spezialkommission auf die Parlamentarische Initiative 202/2007 von Heidi Bucher nicht einzutreten.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Romana Leuzinger, Zürich, und Robert Marty, Affoltern am Albis

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Sie haben am 9. März 2009 dem Rücktrittsgesuch von Romana Leuzinger, Zürich, und am 16. März 2009 dem Rücktrittsgesuch von Robert Marty, Affoltern am Albis, stattgegeben. Heute nun ist der Tag dieser Rücktritte gekommen.

Ratssekretär Bernhard Egg verliest die Rücktrittsschreiben: «Rücktritt von Romana Leuzinger.

Ich möchte Sie mit diesem Schreiben über meinen Rücktritt aus dem Kantonsrat auf Ende dieses Amtsjahres, das heisst auf Ende April, informieren. Seit rund 19 Jahren übe ich nun eine Parlamentstätigkeit aus, davon sechs Jahre im Kantonsrat.

Einerseits hat meine berufliche Belastung als Selbstständigerwerbende zugenommen, anderseits habe ich auch mit jedem Jahr meiner politischen Tätigkeit eine Tendenz zu einer Persönlichkeitsveränderung festgestellt, die mir zu denken gibt: Ich bin auf dem Weg, eine ungeduldige, misshutige und besserwisserische Alte zu werden (*Heiterkeit*). Dies möchte ich Ihnen und mir selbst ersparen.

Ich bedanke mich herzlich bei allen Mitgliedern dieses Rates für die Zusammenarbeit und für Begegnungen unterschiedlichster Art. Besonders den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission möchte ich für viele spannende und natürlich auch kontroverse Diskussionen danken, die Einblick in viele Aufgabenfelder, unterschiedliche Perspektiven und punktuell durchaus auch Weitblick ermöglicht haben.

Ich wünsche Ihnen allen von Herzen alles Gute, Romana Leuzinger.»

Zweiter Rücktritt: «Rücktritt aus dem Kantonsrat per 27. April 2009 von Robert Marty.

Nach sieben intensiven Jahren ist die Zeit reif, diesem Rat adieu zu sagen. Mein vorzeitiger Rücktritt erfolgt zum einen aus dem Bedürfnis heraus, die zeitliche Belastung als Unternehmer und Politiker spürbar zu reduzieren. Zum andern ist der Wunsch da, künftig ganz einfach mehr Zeit für meine Familie und mich persönlich zur Verfügung zu haben. Statt in diesem Rat tagelang über KEF-Erklärungen (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) zu debattieren, betreibe ich ab sofort eine ganz persönliche und konkrete KEF-Planung. Dabei steht «K» neu also für «Kinder», «E» für «Ehefrau» und «F» für «Freizeit» (*Heiterkeit*). Selbstverständlich budgetiere ich als Unternehmer antizyklisch. Trotz Krise habe ich die Absicht, in diese drei Bereiche massiv mehr zu investieren und nicht länger zu sparen. Zeit und Geld scheinen mir in diesem Fall bestens angelegt.

Ihnen allen danke ich für die angenehme Zusammenarbeit in den vergangenen sieben Jahren. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen viel Freude und Genugtuung für die politische Arbeit.

Kollegiale Grüsse, Robert Marty.»

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Dem Anciennitätsprinzip folgend, erlaube ich mir, den Grundsatz «Ladies first» für einmal hintanzustellen und zunächst unseren scheidenden Kollegen Robert Marty zu würdigen.

Robert Marty ist am 6. Mai 2002 für die FDP des Bezirks Affoltern in den Kantonsrat nachgerückt. Der Notarpatent-Inhaber übernahm den Sitz des vorzeitig zurückgetretenen damaligen Hedinger Gemeindepräsidenten Ernst Jud. Robert Marty packt bekanntermassen gerne an, und so wurde er für den Rest der Amtsdauer 1999/2003 in die ständige Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit gewählt. Auf Beginn der Amtsdauer 2003/2007 wechselte Robert Marty in die Sachkommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). In ihr fand der Affolterner Unternehmer bis zum heutigen Tag jenes Gremium, welches seinen politischen Kernpostulaten am ausgeprägtesten entspricht. So machte und macht sich Robert Marty besonders für eine weitere Stärkung des Wirtschaftsstandortes Zürich, unter Einbezug einer konkurrenzfähigen kantonalen Steuerpolitik, stark. Parallel zu seinen ersten

Jahren in der WAK engagierte sich Robert Marty im Rahmen einer Spezialkommission für einen funktionellen und von privater Seite mitfinanzierten Neubau der Kleintierklinik unserer Universität.

Eine nicht alltägliche politische Sternstunde darf der Partner eines Dienstleistungsunternehmens in diesen Tagen erleben. Mit der Inbetriebnahme der Westumfahrung Zürich rückt auch die Vollendung eines besonderen Herzensanliegens von Robert Marty zunehmend in greifbare Nähe: die Eröffnung der Autobahnraststätte auf dem Gebiet seiner Wohngemeinde Affoltern am Albis. Das Projekt, welches er initiiert und kraftvoll vorangetrieben hat, soll im kommenden Jahr seinen erfolgreichen Abschluss finden. Bei meinem ersten Halt auf der künftigen Affoltermer Raststätte werde ich es mir selbstverständlich nicht nehmen lassen, überzeugt nach einem «Röby-Marty-Teller» zu verlangen. Angesichts seines beherzten Einsatzes gerade für das Säuliamt fällt es uns auch leichter zu verkraften, dass wir Robert Marty in sportlicher Hinsicht an den Eishockey-Verein Zug «verloren» haben.

Nach zusammengekommen – Robert Marty ist ein totaler Zahlenmensch, obwohl ihm auch das musische Element sehr liegt – exakt 500 Rats- und Kommissionssitzungen als Kantonsrat wird Robert Marty sein Visier nun neu ausrichten. Uns aber geht ein profilierter Finanzspezialist verloren.

Im Namen unseres Parlaments danke ich meinem scheidenden Fraktionskollegen herzlich für sein engagiertes Wirken zugunsten des Kantons Zürich. Ich wünsche dir, lieber Röby, weiterhin unternehmerischen Erfolg und freue mich mit dir über deine sympathische künftige KEF-Strategie, der ich bald auch einmal folgen werde. Geniesse den neuen Freiraum im Kreis deiner Familie! (*Anhaltender Applaus*)

Nach insgesamt 19 aktiven Jahren hier in diesem Haus müssen wir heute auch Romana Leuzinger ziehen lassen. Kurz vor Abschluss ihres Präsidialjahres im Stadtzürcher Gemeinderat wurde die Sozialdemokratin im Frühjahr 2003 in den Kantonsrat gewählt.

Den Wechsel vom Bock des Stadtparlaments ins kantonsrätliche Parkett hat Romana Leuzinger dank der ihr eigenen Dynamik schwungvoll gemeistert. Vielleicht ist sie durch die Erfahrungen ihres damaligen kantonsrätlichen Amtskollegen noch zusätzlich inspiriert worden. Ebenso wie der damalige Kantonsratspräsident Thomas Dähler vertritt Romana Leuzinger nämlich die Zürcher Stadtkreise 3 und 9. Und so erlebte der Stand Zürich am 15. Mai 2002 zum ersten und bislang ein-

zigen Mal eine vereinigte Wahlfeier für die Vorsitzenden des Kantonsrates und des Zürcher Gemeinderates.

Gleich zu Beginn der Amtsperiode 2003/2007 wurde Romana Leuzinger in die Geschäftsprüfungskommission abgeordnet. Nach dem vorzeitigen Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden übernahm die ausgebildete Sekundarlehrerin am 22. August 2005 die Leitung dieses Aufsichtsgremiums. In ihre beinahe zweijährige Präsidentschaft fiel insbesondere die aufwendige Aufarbeitung der Probleme im Organisations- und Führungsbereich des Universitätsspitals und des Tierspitals. Romana Leuzinger hat die GPK in dieser äusserst anspruchsvollen Phase in jeder Hinsicht souverän geführt. Ihre gewinnende Art und vielleicht auch das ihr angeborene österreichische Flair für die kultivierte Gastronomie haben den guten Geist innerhalb der Kommission zusätzlich begünstigt.

Auch nach der Weitergabe des Präsidiums zu Beginn der neuen Legislatur im Frühjahr 2007 durfte die GPK bis zum heutigen Tag auf Romana Leuzingers Tatkraft bauen. Neben der ressourcenbinden Kommissionsarbeit widmete sich die selbstständige Lektorin und Supervisorin vor allem der Bildungs- und Kulturpolitik, Fragen des Arbeitsmarktes und der Gestaltung bedeutender öffentlicher Räume.

Für diesen engagierten Einsatz zugunsten unseres Kantons und seiner Bevölkerung danke ich Romana Leuzinger herzlich. Ich wünsche ihr weiterhin Erfüllung in ihrer selbstständigen Berufsarbeit und wiederum grössere Nischen für vielfältige kulturelle Genüsse. Und gehe bloss nicht gar so kritisch mit dir selber ins Gericht, liebe Romana: Ungeduld, gelegentlicher Missmut und ein gewisser Drang zur Besserwisserei sind wohl Teil einer jeden Politikerpersönlichkeit und keinesfalls Attribute, welche exklusiv mit dir in Verbindung stehen. Du bleibst uns also in bester Erinnerung! (*Anhaltender Applaus*)

Einladung zum Apéro

Ratspräsidentin Regula Thalmann: Und wenn ich nun schon bei den Verabschiedungen bin: Ich darf nun auch den Bankratspräsidenten Doktor Urs Oberholzer verabschieden. Sie sind herzlich zum Apéro eingeladen. Ich freue mich, dass Sie so lange Sitzleder hatten bei uns. Nun wünsche ich Ihnen allen einen kurzen intensiven Apéro und eine schöne Woche.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest in der kantonalen Verwaltung**
Dringliches Postulat *Susanna Rusca (SP, Zürich)*
- **Keine Entlassung von Lehrabgängern in die Arbeitslosigkeit**
Dringliches Postulat *Karin Maeder (SP, Rüti)*
- **Verordnung Berufsbildungsfonds**
Dringliches Postulat *Markus Späth (SP, Feuerthalen)*
- **«Freie Schulwahl» auf der Sekundarschulstufe**
Postulat *Marlies Zaugg (FDP, Richterswil)*
- **Änderung des Universitätsgesetzes: Wiedereinrichtung einer öffentlichrechtlichen Körperschaft der Studierenden**
Parlamentarische Initiative *Andreas Erdin (GLP, Wetzikon)*
- **Schloss Laufen – Rheinfaltourismus**
Dringliche Anfrage *Markus Späth (SP, Feuerthalen)*
- **Ombudsstelle für die Volksschule**
Anfrage *Brigitta Johner (FDP, Urdorf)*

Schluss der Sitzung: 12.20 Uhr

Zürich, den 27. April 2009

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 4. Mai 2009.